

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorstehenden einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von  
Joh. van Widen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.  
Fernsprech-Nr. 1368. 22222222

Nr. 12. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 26. März 1910. Fernsprech-Nummer 4423. 12. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Hern. — Artikel:** Ein Jubiläums-Kongress. —  
Hauswirtschaftliche Frauenbildung und Arbeiterstand. —  
Die Streikwelle in Neudorf. — Der Kerzestreit  
in Bocholt. — Feuilleton: Die Konferenz zur Förderung  
der Arbeiterinneninteressen. — Aus dem Verbands-  
gebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten:  
Gronau. — Sächseln. — Berichte aus den  
Textilgruppen: Aus dem Alftale. — Bamberg. —  
Krefeld. — Schiefbahn. — Aus unserer Industrie: Ein  
gutes Jahr für unsere Kammgarn-Industrie. — Gewerkschaftliches:  
Aus unseren Verbänden: Jahresbericht des Zentralverbandes christlicher  
Textilarbeiter Deutschlands. — Herr Gewerbeinspektor Wittmann  
und die christlichen Gewerkschaften. — Aus gegnerischen  
Organisationen: Zwischen Berliner Fachabteilungen  
und Gelsen. — Der Unternehmer soll an den Wohlstand  
denken. — Aus der ausländischen Arbeiter-  
bewegung: Zur Beurteilung des Charakters der  
amerikanischen Gewerkschaften. — Allgemein Gewerkschaftliches:  
Eine Aussperrung einer Betriebskassierin  
Arbeiter? — Allgemeine Rundschau: Soziale Rechtsprechung:  
Verträge Gutachten und Rechtsprechung. —  
Allgemeines: Zur Beurteilung der Betriebskrankentafeln. —  
Berichtungs-Kalender. — Adressänderungen. —  
Literarisches.

## Offern.

Ein Jubelruf tönt durch die Lande  
Und brausend schallt's durch Tal und Höhen:  
Terrissen sind des Grabes Bande,  
Die Welt will wieder auferstehn!

Der helle Klang der Osterglocken  
Zieht froh durch das vergnügte Herz  
Und schlägt in jauchendem Frohlocken  
Die Trübsalswolken niederwärts. —

Es dringt verkündend durch die Gräfte  
Der Ostersonne goldner Schein:  
Froher Kerzensang erfüllt die Lüfte:  
Wacht auf! Laßt uns des Lichts erfreuen!

## Ein Jubiläums-Kongress.

Wie bereits in voriger Nummer mitgeteilt wurde,  
beginnt Ostermontag der fünfte Kongress der Internationalen  
Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen  
in Mailand seine Verhandlungen. Der Kongress  
trägt einen Jubiläumskarakter, und zwar insofern,  
als vor zehn Jahren (1900) die christlichen Textilarbeiter-  
organisationen ihre ersten internationalen Ver-  
bindungen anknüpften. Die erste internationale Kon-  
ferenz fand auf Anregung des jetzigen internationalen  
Sekretärs, Herrn Huisling, am 29. Juli 1900, in Maastricht,  
unter Beteiligung von Holländern, Belgiern und  
Deutschen.

Aus der praktischen Arbeit des Tages hatte  
sich das Bedürfnis ergeben, über die Verhältnisse des  
Landes hinaus mit Gleichgestellten und Gleichgestellten  
Verbindungen anzuknüpfen. Die wechselseitigen Be-  
ziehungen der Industrielländer zueinander sind namentlich  
mit Hinsicht auf das Textilgewerbe vorhanden, in dem-  
selben Maße aber auch die Beziehungen der Arbeiter,  
die sich durch die Gewerkschaft eine größere Anteilnahme  
an den Früchten dieses Gewerbes verschaffen wollen.  
Dazu kam für die Leiter der christlichen Textilarbeiter-  
gewerkschaften, die ihre Pläne und Ziele unter ungemein  
großen Schwierigkeiten verteidigen mußten, das Bedürfnis,  
sich gegenseitig auszusprechen, Erfahrungen austauschen  
und zu beschreiben. Dieser Wunsch war namentlich bei den  
Holländern und Belgiern die Triebfeder zur internationalen  
Zusammenkunft, da in ihren Ländern der  
christliche Gewerkschaftsgebäude und auch der Gedanke  
einer modernen Organisationsform sich unter ganz  
außerordentlich schwierigen Verhältnissen  
durchsetzen mußten. Wir sind zu ihnen (den Deutschen)  
gelommen“, sagte Huisling damals, „um von ihnen  
zu lernen, aber auch um ein Schutz- und Trutzhündnis  
zu bilden.“ Auch in Deutschland waren vor zehn Jahren  
die Verhältnisse der christlichen Textilarbeiterorganisationen  
noch ganz unentwickelt, und gewiß war hier für die  
Organisation mehr als genug zu tun, um die Bewegung  
aus den ersten Entwicklungsläufen heraus-  
zuheben, aber wir waren glücklicherweise doch schon  
weiter als unsere ausländischen Freunde, und die Deutschen  
brachten die Strohhand nicht zurücklassen, die ihnen aus  
Belgien und Holland entgegengebracht wurde. Heute  
schauen wir mit Befriedigung auf unsere „Internationalen  
Vereinigung“ und auf die Entwicklung,  
die sie durch gemeinsames Arbeiten genommen hat.  
Es kam auf der ersten Konferenz nicht gleich zur definitiven  
Gründung eines internationalen Kartells, weil die  
Sache noch nicht genug durchdacht und entwickelt war.  
Zur Gründung der Vereinigung kam es im folgenden  
Jahre, auf einer Sitzung in Düsseldorf. Es wurde ein  
Kartellvertrag zwischen den Organisationen abgeschlossen,  
der die Beziehungen der Verbände zueinander festlegte.  
Hiermal ist die Vereinigung bisher zu einem Kongress  
zusammengetreten, so in Gent (Belgien), Genéve (Schweiz),  
Lüttich (Belgien), Zürich (Schweiz), und das darf gesagt  
werden, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen,  
daß diese Kongresse eine Fülle praktischer Arbeit ge-  
leistet haben und durchweg imposante Kundge-

lungen internationaler, christlicher Textilarbeiterkollektivität  
und Demonstrationen für den christlichen Gewerkschaftsgebäude  
überhaupt waren.

Der Vereinigung sind Enttäuschungen nicht  
erspart geblieben, aber sie mußten kommen, als Anstoß  
zu weiterem Schaffen und eigener, selbstbewußter  
Kraftentfaltung. Gleich bei Gründung der „Internationalen  
Vereinigung“ war die Bereitwilligkeit und die  
Absicht ausgesprochen worden, an dem nächsten allgemeinen  
Textilarbeiterkongress, der 1902 in Zürich stattfinden  
sollte, teilzunehmen. Es kam darin zum Ausdruck, daß die  
christliche Textilarbeiterschaft noch an ein gemeinsames  
Arbeiten mit den „Genossen“ glaubte und auch bereit  
war, obwohl sie in gewerkschaftlicher Hinsicht eigene  
Bege gehen mußte, an den gemeinsamen Interessen aller  
Textilarbeiter mitzuwirken. Dabei trugen sich unsere  
führenden Kollegen mit der Hoffnung, in näherer  
Zukunft mit den englischen Gewerkschaften zu kommen,  
die in grundsätzlicher Hinsicht unzweifelhaft den christlichen  
Gewerkschaften näher standen als den sozialdemokratischen.  
Schier meinte man die internationale Sitzung 1901 in  
Düsseldorf, man könne mit den englischen Organisa-  
tionen, die auf dem letzten Kongress in Berlin den  
vielen sozialdemokratischen Verbänden gegenüberstanden,  
zusammengehen und in den meisten Fragen ihre Bundes-  
genossen werden. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband  
hatte voriges Jahr in seinem Bericht ein völlig falsches,  
entstelltes Bild von den christlichen  
Verbänden entworfen, sodaß die Engländer eine ganz  
falsche Auffassung von diesen bekommen mußten.  
Wäre diese Korrektur, dann sei eine Annäherung bzw.  
eine nähere Verbindung mit den starken englischen  
Organisationen vielleicht möglich.

Unser Verband bekam offiziell eine Einladung zu dem  
Kongress, und Kollege Schiffer und andere nahmen auch  
daran teil. In der Eröffnungsrede begrüßte der sozial-  
demokratische Arbeiterführer Grewlich auch die christlichen  
Gewerkschaften, die er „herzlich willkommen“ hieß. Und  
im weiteren Verlauf seiner Rede sprach er die geradezu  
klassischen Worte:

„Andererseits aber ist zu sagen, daß in den Gewerkschaften  
jede religiöse Ueberzeugung respektiert und nie, niemals getadelt oder  
berleugert werden soll. Die religiöse Ueberzeugung ist  
das heilige, unantastbare Recht jeder Person, und  
niemand soll sich herausnehmen, niemand hat das Recht,  
bakter zu richten. Die Gewerkschaft soll dieses Recht  
ebenso schützen, wie die anderen sittlichen und materiellen  
Güter ihrer Mitglieder. Der verständigt sich an  
der res sacra miser, an der heiligen Sache  
des Glaubens, der ein gemeinsames Arbeiten  
durch Kränkung der religiösen Ueberzeugung  
anderer hindert oder schädigt.“

Das waren klärende Worte für die Vertreter  
des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter. Ihnen  
verursachte die Anwesenheit der Christlichen und die echt  
gewerkschaftlichen, toleranten Worte Grewlich denn auch  
viele Beschwerden. Schon sorgten sie, daß die Begrüßungs-  
feierlichkeiten im Ganzen ein sozialdemokratisches  
Gepräge erhielten. Am ersten Verhandlungstage aber  
legten sie ein geheimes und verlogenes Treiben  
gegen die christlichen Delegierten ein, mit dem  
Erfolge, daß diese von ferneren Kongressen ausge-  
schlossen wurden. In allerhand Schachzügen wußten  
sie einen Antrag durchzubringen, der in Zukunft nur mehr  
solche Organisationen zu den Kongressen zuließ, die auf  
dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die christlichen  
Vertreter hatten sich schon schriftlich gegen die von  
den „Deutschen“ ausgebreiteten Verleumdungen gewehrt,  
Kollege Schiffer bekam noch gnädig zehn Minuten  
Redezeit zugebilligt, nachdem die Debatte Stundenlang  
hin und her gewogt hatte. Erfolglos; der Ausschluß-  
Antrag gelangte zur Annahme, allerdings in einer  
mitliden Fassung, als die „Deutschen“ gewollt hatten.  
Die christlichen Delegierten verließen unter Protest den  
Kongress, um einer großen Erfahrung reicher. Damals  
schied unser Jahrgang:

„Im allgemeinen kann dies Resultat des Kongresses  
uns nur befriedigen. Es wird zu einer größeren Klärung  
beitragen, die durchaus notwendig war. Die christlichen  
Gewerkschaften stehen aus der Art dieser Behandlung  
wieder, wie schwer es ist, mit jenen Elementen praktisch  
zusammen zu arbeiten, die sich jetzt noch prinzipiell gegen  
uns abspalten und bei den diesbezüglichen Streitigkeiten  
in der Wahl der Mittel nicht sehr peinlich sind. Ein  
wahrer Sieg ist es, daß wir Selbständigkeit und Rück-  
gratfähigkeit genug besitzen, den Kontrastkampf auf-  
zunehmen. Die weitere Ausbreitung und Stärkung des  
christlichen Textilarbeiterverbandes wird die beste Antwort  
sein, die unsere „deutschen Brüder“ schließlich respektieren  
müssen.“

Trotz der Klassenkampf-Resolution und der schmach-  
vollen Behandlung verließ der Vertreter des „Hirsch-  
Dunderrich“ Verbandes den Kongress — nicht.  
Er meinte, auf seine Richtung habe das alles — nicht  
S. 238.

Seitdem geht die christliche Textilarbeiterschaft aus  
in der internationalen Arbeiterbewegung ihre eigenen  
Wege. Und mit gutem Erfolge. Es wäre überflüssig,  
wollten wir das Loblied auf unsere Internationale Ver-  
einigung in den höchsten Tönen pfeifen, es ist des Ver-  
besserns und Ausgestaltens noch genug zu tun. Aber  
wer den Weg von Maastricht nach Mailand zurückblickt, ohne  
seinen Blick durch die Parteidrille getrübt zu haben,  
der wird eine gute Sozialentwickelung nicht  
wegstreifen können. Die Zahl der Landesorgani-  
sationen ist von drei auf sechs gewachsen, die Mit-  
gliederzahl hat sich vervierfacht. Nach außen hin  
hat in allen Ländern die christliche Textilarbeiterorgani-  
sation an Macht und Ansehen gewonnen, in der Or-  
ganisations- und Verwaltungstechnik können die einzelnen  
Verbände eine Vergleich mit ihren sozialdemokratischen

Konkurrenten sehr gut aushalten. Und wer die  
Mitwirkung der „Internationalen Vereinigung“ an dieser  
erkenntlichen Entwicklung absehen will, der lese die Bros-  
chüre „Internationale Verbindungen der christlichen  
Textilarbeiterorganisationen“ von unserem Kollegen  
Schiffer. Zahlmäßig ist uns die sozialdemo-  
kratische Textilarbeiter-Internationale überlegen, und  
wir geben uns gar nicht der Hoffnung hin, es in dieser  
Beziehung jemals mit ihr gleichzubringen, aber was  
innere Geschlossenheit, Einheitlichkeit in den Plänen und  
Forderungen, Befestigen und Zusammenhalten der Ver-  
bände untereinander und auch inneren Ausbau der-  
selben anbelangt, stehen wir hinter jener nicht  
zurück. Und auf die Dauer sind diese Umstände doch  
die ausschlaggebenden für eine geblühende Wirksamkeit  
einer „Internationalen“.

Unsere christliche Internationale tritt mit „Railard“  
in das zweite Jahrzehnt. Das Ergebnis werden sich erst  
diesem Anlaß die Delegierten in Mailand geben: Alte,  
erprobte Treue und Solidarität soll weiter gepflegt werden,  
wir wollen in freudigem Wettstreit untereinander unser  
ganzes Können und unsere ganze Kraft für die Stärkung  
unser Verbandes einbringen. Dem Freunde zum Segen,  
dem Gegner zum Trutz. In diesem Sinne treten wir in  
Mailand ein in das  
zweite Jahrzehnt der Internationalen Vereinigung  
christlicher Textilarbeiterorganisationen.

## Hauswirtschaftliche Frauenbildung und Arbeiterstand.

Durch ordnungsmäßige hauswirtschaftliche Schulung  
wird der Bedürfnishorizont der Arbeiterin  
wesentlich erweitert. Vor allem wird sie weit an-  
spruchsvoller in Bezug auf Gesundheits- und  
Reinlichkeitspflege. Sie lernt, daß es möglich ist,  
die Arbeitskraft des Familienernährers durch zweck-  
dienliche gute Kost, gesunde Wohnung, genügenden  
Wohlfühl der Wäsche usw. zu erhalten, und sie weiß,  
daß diese Arbeitskraft der einzige Familien-  
reichtum, ja das Kapital des Hauses ist,  
jense Quelle aller namhaften Einnahmen. Schon rein  
praktische Gründe nötigen so die wissende Hausfrau  
zu sorgfältiger Bemühung um ihres Gatten Gesundheit.

Dazu tritt dann natürlich noch die sorgende Liebe  
und sagt dem unbedingt Nötigen das möglichste An-  
genehme hinzu. Nicht nur praktisch, auch hat sie  
sie frohen und haushaften; nicht nur menschlich und  
gefährlich, sondern auch nett und freundlich will sie  
wohnen, damit ihrem Manne das Heim der liebste  
Ort auf Erden werde. Sie selbst will nicht bloß  
mit den primitivsten Mitteln, sondern auch mit den  
Ergebnissen der neuen Zeit arbeiten, soweit sie  
wirklich nützlich und arbeitssparend sind und in den  
Arbeiterhaushalt passen. Mehr noch, sie will bei  
aller häuslichen Arbeit, und je mehr sie darin auf-  
geht, umso mehr auch ihrem Gatten die liebens-  
würdige und anziehende Hausfrau sein. Sie, die  
früher dachte, nur als unverheiratet müsse man an-  
mutig und schön sein, wird als gehobene Hausfrau  
danach trachten, Fleiß mit Anmut, Arbeitstüchtigkeit  
mit Reinlichkeit und Nettigkeit in der eigenen Kleidung  
zu verbinden. Wer um sich Ordnung und Reinlichkeit  
verbindet, der will nicht selbst mitten im schmutzigen  
Haushalt schmutzig und unordentlich umhergehen und  
den Mann doch wieder dadurch aus dem Heim treiben,  
das man ihm mit allen Kräften festsitzig zu  
gestalten sucht. Wahrer Ordnungssinn weckt freilich  
einen gewissen Schönheitsinstinkt. Für nettes Darbieten  
der Speisen, Wohnungsschmuck, einfache, aber ge-  
schmackvolle Kleidung usw. hat jede wirklich gute  
Hausfrau Sinn und erlangt sich Mittel und Zeit,  
um diesem Kulturdange zu folgen. Damit ist ein  
neuer Ansporn für gewerkschaftliche Lohnbewegung  
gegeben, und zwar einer der besten. Auch wird  
der Gatte, der zu Hause eine ordnungsliebende,  
schönheitsliebende, fleißige Gattin findet, anspruchsvoller  
in Bezug auf die Behandlung und Umgehung,  
die ihm bei der Erwerbsarbeit zuteil wird. Er-  
beiter aus idealem Familienstreben können erzielende,  
schmutzige Arbeitsverhältnisse auf die Dauer nicht  
ertragen.

So zieht m. E. die Hebung der häus-  
lichen Lebenshaltung höhere Kultur-  
forderungen auch des Mannes nach sich,  
und damit ist die ganze Familie sozial  
geheilt.

So haben wir schon angedeutet, daß die bessere  
hauswirtschaftliche Schulung der Arbeiterin nicht  
nur finanzielle, sondern auch gesundheitliche  
Vorteile nach sich zieht und wie sie neue An-  
regungen und Bestrebungen zu gewerkschaft-  
lichen Forderungen gibt. Wir haben auch  
das die Hebung der ganzen Lebenshaltung ist  
automatisch ein soziales Steigen der betr. Familie  
bedeutet und dürfen ohne Bedenken hinzufügen,  
daß mit jeder einzelnen Familie wiederum das Durch-  
schnittsniveau des Standes auf eine höhere Kultur-  
stufe gerückt wird.

Noch offensichtlicher wird aber die soziale Be-  
deutung eines geordneten, sachkundig geleiteten Heims,  
wenn wir uns vergegenwärtigen, wie der an das  
Haus gefesselte Arbeiter sich weit eher geistigen  
Arbeiten und einer gewissen Pflege seiner  
besten Gemütsanlagen hingibt. Das Wir-  
kungsleben tötet ja manches Streben nicht nur des  
Verstandes, sondern auch des Gemüts und  
Willens. Mit der Entfernung vom Heim kommt

balb diejenige vom geregelten und gemein-  
nützigen Ausnutzen der Freiheit. Wohl wird  
im Wirtschaftsleben viel gelehrt und auf der Vierhand  
mehr als oft nötig politisiert, aber von einem  
planmäßigen Sichfortbilden, zur Ver-  
innerlichung kommt der Mann dabei nie-  
mals, geschweige denn zur wahrhaften  
Seelenerquickung und zum religiösen  
Leben. Unsere besten Gewerkschaftler sind die,  
die tief Wurzel gefaßt haben in einem har-  
monischen Individualleben, sei es in der  
Familie oder im stillen Studierbüchlein des Jung-  
gelehrten. Die eifrigsten und dabei gesonnensten  
Kämpfer gegen soziales Unrecht und für wirtschaft-  
liche Reformen sind die, die ein ideales  
Familienleben, ein gottbegnadetes Heim  
zu verteidigen und sich die Mittel zu erringen  
haben, um dieses Heim immer schöner und  
glücklicher zu gestalten. Unsere besten Christen  
endlich sind die, die als Vollmensch den großen  
öffentlichen, aber gleichzeitig dem intimen Familien-  
leben dienen und draußen wie drinnen ein Stück  
Gottesreich auf Erden errichten wollen.  
Über dazu gehört, was heute noch so oft fehlt,  
nämlich ein wirklich harmonisches Familien-  
leben.

Natürlich geben wir uns nicht der Illusion hin,  
daß die hauswirtschaftliche Frauenbildung ein solches  
vollständig verbürgt, das ist aber gewiß, mancher  
Anlaß schwerer Ehegriewe und dauernd unglücklichen  
Zusammenlebens der Gatten könnte damit beseitigt  
sein.

Zum Schluß noch ein Gedanke. Die Arbeiter-  
frau selbst gehört doch auch dem Arbeiterstande an.  
Wie es geistig und sittlich um sie steht, kann nicht  
gleichgültig sein. Ihr Geschlecht macht einen großen  
Prozentsatz der Ständekategorien aus. Nun ist  
es außer jedem Zweifel, daß die durchschnittliche  
Arbeiterfrau weder geistig noch seelisch besonders  
hochsteht, wie ja überhaupt die Frau im  
Kulturfortschritt weit hinter dem Manne  
in allen Ständen zurückgelassen ist. Diese  
weibliche Minderwertigkeit ist selten persönliche  
Schuld der Einzelnen, meist vielmehr eine Folge  
falscher Erziehung, vor allem des Fehlens eines  
ernsten beruflichen Strebens. Die vorhehliche Er-  
werbstätigkeit ist der Arbeiterin Uebergangsstadium,  
aber wozu? Nicht etwa zum erst aufgeführten  
Lebensberufe, denn die hauswirtschaftliche Wirksamkeit,  
die sie abübt, ist in den weitaus meisten Fällen nicht  
eigentlich Beruf, d. h. sie sagt sie nicht mit dem  
Ernte auf, den ein wirklicher Beruf erfordert.  
Beruf ist etwas, was man gründlich versteht, ge-  
wissermaßen erlernt haben muß, etwas, worauf man  
seine ganze Arbeitsenergie konzentriert. Dazu fehlen  
der Durchschnittshausfrau aller Stände aber die  
Gefühlspunkte. In der Ehe läßt sie sich versorgen  
und leistet dagegen ihre oft recht mangelhafte und  
gleichgültig verrichtete Hausarbeit, sie ist lässig  
darin, weil niemand dieselbe für allzu wesentlich  
hält, weil sie für etwas Untergeordnetes gilt. Bald  
bemächtigt sich so der Hausfrau eine oft unerkannte,  
oft auch falsch gedeutete Unzufriedenheit, was  
eigentlich im eignen Verschulden, sagen wir lieber,  
in einer unrichtigen Erziehung und mangelnder  
sittlicher Reife wurzelt. Das Gefühl des verfehlten  
Berufs, des Unverstandenseins ist auch bei Frauen  
des Arbeiterstandes gar nicht so selten, und häufig  
ist es im tiefsten Grunde das Bewußtsein  
der eignen Halbheit. Wäre nicht schon im  
Interesse der weiblichen Würde und speziell  
der sozialen Stellung der Arbeiterfrau geboten,  
daß man ihr ernstere Auffassungen vom  
Hausfrauenberuf beibrächte? Sie süßte  
sich dadurch weit mehr als Vollmensch und stünde,  
wiewohl sie durchaus in ihrer Sphäre blühe, ja  
sogar dieser erst richtig gegeben würde, doch dem  
Gatten selbständiger gegenüber als heute. Wir  
streben nun aber in unserer Arbeiterbewegung doch  
wirklich nicht nur nach materiellen Erwerbungen  
allein, vielmehr sind uns diese die Vorbedingungen  
geistigen Fortschritts und sittlich religiöser Klärung.  
Die Männer des Standes haben und die Weiber in  
der alten Rückständigkeit lassen, das ist halbe Sozial-  
arbeit, Stückerarbeit. Schließlich hängt auch mehr,  
als oft eingesehen wird, des Mannes Emporsteigen  
vom Niveau ab, auf dem seine Lebensbegleiterin  
und die Erzieherin seiner Kinder steht. Unsere  
Gewerkschaftsbewegung wäre einige Schritte weiter,  
wenn unsere Frauen auf der Höhe der Zeit stünden  
und mit echter Weiblichkeit wahres Selbst- und  
Standesbewußtsein verbänden. Wir dürfen daher  
mit Recht sagen, daß der männliche Arbeiter  
und durch ihn der ganze Stand, ja sogar  
wirklich die nationale Kultur, lebhaft  
an der hauswirtschaftlichen Ausbildung und beruflichen Hebung unserer  
Hausfrauen interessiert ist.

Wie mancher Mensch, der begonnen hat, auf die  
Bege des Bösen zu geraten, würde schneller und leichter  
umkehren, wenn die Leute mit dem Gefallenen mehr Mit-  
leid, wirkliches, christliches Mitleid hätten

### Die Streikrawale in Neckarjahn.

II.

Im Nr. 10 der „Textilarbeiter-Zeitung“ haben wir auf Grund eines sachlichen Artikels den Beweis erbracht, daß in der Bewegung der Zuteilhaber in Neckarjahn die württembergische Zeitung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter nicht bloß eine unglückliche Hand gehabt, sondern in einer geradezu unverantwortlich-leichtfertigen Weise gehandelt hat. Sie hat die elementarsten Bedingungen gewerkschaftlicher Kriegskunst außer Acht gelassen. Wenn wir uns nun die Argumentation des „Textilarbeiters“ bezgl. „Babich-Rheinfelden“ zu eigen machen wollten, dann müßten wir sagen, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Neckarjahn Opfer auf dem Gewissen habe, daß die Zeitung dieser Organisation schlecht beraten war, und die Zuteilhaber einem Menschen in die Hände gefallen sind, der die Dinge schürflich leicht genommen hat und dem die elementarsten Kenntnisse gewerkschaftlicher Strategie abgingen. Leider kostete dieses Versehen sozialdemokratischer Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit mehreren Arbeitern und Arbeiterinnen wochen- und monatelange Gefängnisstrafe, Aufregung und Entbehrung und schwere wirtschaftliche Verluste. In diesem Sinne bewegte sich das Urteil des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bezgl. Babich-Rheinfelden. In wie weit es auf seinen Kampf in Neckarjahn zutrifft, haben wir in dem ersten Artikel klar gesagt.

An keinem anderen Bilde wird die abgrundliche Gesinnungslosigkeit und journalistische Verkommenheit des „Textilarbeiters“ und anderer sozialdemokratischer Freitagsorgane besser illustriert, als an einem Vergleich zwischen Neckarjahn und Babich-Rheinfelden. Bezüglich Babich-Rheinfelden bemühte sich auch der „Textilarbeiter“, der sonst die Vertreter erst Klassenkämpferischer revolutionärer Gesinnung sein will, nach allen Regeln um die Gunst des Herrn Oberregierungsrats und des Staatsanwaltschafts. Das Präsidat „großherzoglich-badisch“ hatte auch ihn verurteilt. Dem Befähigungsnachweis hat er unfruchtbar dafür erbracht, offiziell das Organ des Herrn Oberregierungsrats und großherzoglich-badischen Gewerbeinspektors und bittu Staatsanwaltschaft zu werden, wenn es sich darum handelt, gegen die christlichen Arbeiterorganisationen eine Fehde zu führen. Es hat alles mögliche getan, um den Herrn Wittmann und den Staatsanwaltschaftsvertreter in dem Babich-Rheinfeld-Prozess herauszuholen und mit dem Rätepräsidenten der erfolglosen Unschuld zu umgeben. Die Arbeiter wurden dabei einfach schmählich im Stich gelassen. Derselbe Staatsanwalt, der in dem Babich-Rheinfeld-Prozess ein unbefähigt-hohes Urteil erließ, der seine Befugnisse als Vertreter der Anklage weit überschritt und in ganz tendenziöser Weise sein Material gegen Engel und die christliche Organisation zusammenstellte, belam vom „Textilarbeiter“ indirekt das Präsidat sozialer Gerechtigkeit und strenger Objektivität: ansgefordert, belam von diesem tauschfähige Unterstützung. Der „Textilarbeiter“ schämt sich nicht, in dieser Weise die unglücklichen Arbeiter herein- und den Staatsanwalt und Wittmann herauszuholen. Rein Wort der Entschuldigung fand er bei der harten Ururteilung der Angeklagten in dem Rheinfelden Fall gegenüber dem Gericht und der Staatsanwaltschaft, im Gegenteil, die Tendenz seiner zwei Artikel geht dahin, daß das Urteil ganz gerechtfertigt sei, nur sei für die Strafe der christliche Metallarbeiterverband verantwortlich zu machen. Und wie lautet das Urteil beselben „Textilarbeiters“ einige Nummern später bezgl. der Aburteilung der Neckarjahn Rawale? Da heißt es:

„Und nun, nachdem man dies gelesen, nehme man noch einmal die vorige Nummer des „Textilarbeiters“ zur Hand und sehe sich die Strafen an, welche das Gericht über die Arbeiter verhängte. Unglaublich, einfach unglaublich wird es einem Menschen, dessen Rechtsempfinden nicht von Klassenvorurteilen getrübt ist, erschöpfen.“

Und zum Schluß des Artikels:  
 „Der Verlauf dieses Prozesses hat der arbeitenden Bevölkerung wieder gezeigt, daß das System der heutigen Justiz ihr Vertrauen nicht verdient. Sie hat sich auch diesmal wieder auf die Seite des Kapitals, des Geldbrüders gestellt. Die Beurteilungen mögen sich dem Streifen, das die Handlungen, durch welche sie mit dem Strafgericht in Konflikt kamen, im Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse als strafbare Taten nicht gelten, und daß die Strafe sie in den Augen ihrer Arbeitsbrüder und weiterhin in denen aller human denkenden Menschen nicht entehrt.“

So mißt der „Textilarbeiter“ mit zweierlei Maß und beleuchtet damit seine Doppelnatur mit großem Schein. Wenn es sich um die christliche Organisation handelt, findet die „Klassenjustiz“ liebevolles Verständnis und eifrige Beihilfe, dann wird sie gegen die „unberechtigten“ Angriffe von Arbeiterseite getrennt in Schutz genommen; wenn sie sich aber darum handelt, aus einer schmachvollen Lage den eigenen Verband herauszuholen, dann verdient dieselbe „Klassenjustiz“ das Vertrauen der Arbeiter in keiner Hinsicht. Was in dem einen Falle lobt, wird in dem anderen in den Tönen höchster Entrüstung heruntergemacht.

Bezeichnend für die Leichtfertigkeit, mit der der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Bewegung leitete, ist die Tatsache, daß der leitende Beamte immer möglichst weit vom Schauplatz blieb. Die Frau des Berichterstatters für das sozialdemokratische „Neckar-Echo“ besuchte am Gericht, daß der Gausleiter nur an zwei Tagen vor den Urteilen in Neckarjahn war, nur an zwei Tagen, während der Streik schon vier Wochen dauerte. Obwohl schon öfters Zwischenfälle vorgekommen waren und am Samstag, der 21. Oktober, sich morgens und mittags wiederholten, war der verantwortliche Streikleiter nicht anwesend.

Tatsache ist ferner, daß einigen Arbeiterinnen eine höhere Streikunterstützung versprochen wurde, als sie bekommen haben, nur, um sie mit in den Streik zu ziehen. Nach einigen Wochen gingen sie wieder an die Arbeit, weil die versprochene Unterstützung ausblieb.

Die Bewegung selbst endigte mit einem totalen Mißerfolg für die Arbeiter. Nicht nur wurde die Lohnproduktion nicht abgewehrt, keiner der Streikenden kam wieder in Arbeit, und noch in seiner letzten Nummer lautet der „Textilarbeiter“ für die Zuteilhaber, die heute noch zum Teil auf der Straße stehen, Verschäftigung.

Sonderbar ist auch, daß die übrige sozialdemokratische Presse die Vorgänge in Neckarjahn fast schweigend übergeht, wogegen sie über Babich-Rheinfelden spaltenlange Artikel brachte. Mögen die Leser unseres Blattes den wahren Redaktionsunter die Nase halten, wenn sie über Babich-Rheinfelden zu schweigen sich erklären.

### Der Metzgerstreit in Bocholt.

Zu der in Nr. 9 dieser Zeitung veröffentlichten Zuschrift eines Metzgers wird uns von dem Schreiber des ersten Artikels (Nr. 6) folgende Entgegnung gesandt: Die Ursache des Streites liegt in der früher seitens der Metzger befolgten Art der Vertrag-

schließung, ferner in der für die Kassen immer ungünstiger werdenden Metzgerverträge, sowie in der Behandlung, die sich die vertragsschließenden Kassenvorstandsmitglieder und die Mitglieder der Beschwerdekassations durch die Vertreter der Metzger gefallen lassen mußten. Früher wurden bei Vertragsverhandlungen die Delegierten der Kassen von den Vertretern des Metzgervereins manchmal so behandelt, daß sie kaum ihre Entrüstung bemerken konnten. Wenn damals die übrigen Vertreter der Metzger nicht um Entschuldigung gebeten haben, wie dieses in den letzten Verhandlungen von Arbeiterseite geschehen ist, so zeigt dieses, wie feindselig und tallvoll die Arbeiter im Vergleich zu manchen anderen Leuten sind.

Die Vergleichsverhandlungen sind gescheitert, teilweise infolge des großen Mißtrauens, das die überwindende Mehrheit der Bevölkerung dem Metzgerverein entgegenbrachte, sodann auch, weil sich die früheren Metzgerärzte über die mehr oder weniger günstige Position, in der sie sich befanden, einer Täuschung hingeeben hatten. Die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen allein dem Herrn Hugo Weyl zuschreiben, ist unbillig. In den letzten entscheidenden Verhandlungen hat Herr Weyl überhaupt nicht teilgenommen. Auch ist es direkt unklar, daß in den unter der Leitung des Herrn Bürgermeister Weimann gepflogenen Vergleichsverhandlungen eine Einigung erzielt wurde.

Die gegenwärtige Lage soll für die Kranken und die Kassen sehr unglücklich sein. Auch dieses tritt nicht zu. Allerdings ist durch Veröffentlichung solcher Berichte in den „Metzischen Mitteilungen“ die Gewinnung neuer Metzgerärzte erschwert worden, jedoch hat für genügende ärztliche Behandlung gesorgt werden können.

Ebenso ist es unrichtig, daß die Kosten für ärztliche Behandlung jetzt bedeutend höher seien, als früher. Die „Metzischen Mitteilungen“ brachten hierüber eine Notiz, bei deren Lesen man unwillkürlich den Kopf schütteln mußte. Es wird auch die Behauptung kopiert, einer der jetzigen Kassenerzte bezöge ein Gehalt von 12000 Mark. Es ist dieses natürlich absolut unklar. Trotzdem wird solches der Regierung unterbreitet, um diese zu einem Eingreifen zu Gunsten der früheren Kassenerzte zu veranlassen.

Bezüglich der holländischen Kassemitglieder ist zu bemerken, daß natürlich auch diese in Krankheitsfällen ärztliche Behandlung finden. Eine gegenseitige Behauptung steht mit der Wahrheit in Widerspruch.

Besonders auffallend ist der Mangel an Wahrheit in manchen von ärztlicher Seite ausgehenden Veröffentlichungen. Oder sollten die Herren über die tatsächlichen Verhältnisse so schlecht orientiert sein und dennoch für die Presse schreiben?

Der Streit in Bocholt mag zu bedauern sein. Für diejenigen, die die früheren Verhandlungen zwischen einzelnen Krankenkassen und dem Metzgerverein beigegeben haben, war es klar, daß die Art der Metzger, die Verhandlungen zu führen, einmal zum Konflikt treiben würde. Der Konflikt ist gekommen. Der Krieg geht eben so lange zum Brannen bis er bricht.

Anmerkung der Redaktion: Hiermit schließen wir unsererseits die Debatte über den „Metzgerstreit in Bocholt“. Wir haben beide Parteien zu Wort kommen lassen, um uns nicht der Einseitigkeit schuldig zu machen. Neue Momente, die zur Beurteilung des Kampfes wesentlich sind, können wohl nicht mehr beigebracht werden. Zu einer regelrechten Diskussion können wir unser Blatt aber nicht hergeben. Auf welcher Seite in diesem Falle das Recht liegt, werden unsere Leser aus den Artikeln u. G. un schwer haben herausfinden können.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Gronau.

Im Streit „Silermarkt“ ist insofern eine Wendung eingetreten, als der Betrieb wieder läuft. Der Fabrikantenverband hat durch Anschlag bekannt gegeben, daß am 18. März, morgens 7 Uhr, die Arbeit wieder beginne. Jedenfalls will man sich an der Ausperrung vorbeihelfen. Von den 719 Arbeitern und Arbeiterinnen haben am 18. März 174 die Arbeit wieder aufgenommen. Samstag waren es jedoch ungefähr dreißig weniger. Die Leute wurden mit Kugeln der Maschinen beschäftigt. Es laufen nur zwei Seilfaktor-Maschinen und einige Spinnmaschinen. Die Spinnerei ruht ganz, so daß mindestens am Montag (21.) der ganze Betrieb ruhen muß. Es laufen dann noch eine Anzahl Maschinen, aber ohne Baumwolle. Die streikenden Arbeiter halten noch treu und fest zusammen.

Süchteln.

Bei der Firma Koffie, Samt- und Samtbandsfabrik, sind die Arbeiter plötzlich aufgeschreckt worden. Und das kam so. Die Firma hat sich einen neuen Liefermeister zugelegt, einen jungen Herrn aus Oedt, der ziemlich „scharf“ lieferte. Dieser Herr, Wessow ist sein Name, zog derart für „Zehler“ ab, daß die Arbeiter aus Empörung über eine solche Behandlung die Arbeit einfach einstellten. Allen voran zogen die Unorganisierten, deren Zahl in dem Betriebe nicht klein ist, und witterten gegen das Verhalten des Liefermeisters. Der „Kettebrenner“ wollte die Sache einrenken, aber vergebens. Erst nachher war es einigen organisierten Kollegen möglich, in soweit eine Vermittlung herbeizuführen, daß die Arbeiter sich bereit erklärten, auf gewisse Zugeständnisse der Firma hin die Arbeit wieder aufzunehmen. Also vorläufig ist Ruhe, auf wie lange Zeit, muß die Zukunft zeigen.

Soweit der Bericht, der uns von Süchteln aus zugeht. Zu dieser Angelegenheit bemerken wir folgendes:

Es ist selbstverständlich, daß wir ein derartiges Straffsystem entschieden verurteilen und, so weit es uns möglich ist, auch bekämpfen. Die Art und Weise aber, wie die Arbeiter die Abwehr führten, können wir unmöglich billigen. Daß die organisierten Kollegen diesen unklugen und auch mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringenden Schritt taten, zeigt, wie sehr sich die Unorganisierten als Herren der Situation fühlten. Das muß anders werden. Wir streiten den Unorganisierten das Recht und die Befähigung ab, in nachhaltiger Weise, im Rahmen der gesetzlichen Schranken, für ihre Arbeitskollegen und Kollegen wirken zu können.

Mögen deshalb alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich der Organisation anschließen, es kann dann dem Wirken eines Liefermeisters, wie der in Süchteln, viel nachhaltiger und fruchtbarer entgegengetreten werden. Die Zeiten sind vorbei, wo man durch einen großen Rabau oder einen „Bluff“ Mißstände dauernd beseitigt oder Verbesserungen erzielt und behält. Hoffentlich kommt die Arbeiterschaft bald bei Koffie zu dieser Einsicht. Die Unorganisierten haben zu wählen, ob sie Schulter an Schulter mit ihren organisierten Kollegen, gestützt durch die Organisation, dem Wirken des Herrn Wessow ein Paroli bieten, oder ob sie auch weiterhin ein Lohnwage über ihr erleichtertes Fortkommen tiefermüßige Betrachtungen anstellen wollen. Wollen sie das erstere, dann hinein in die Organisation, wollen sie das letztere, dann nur so weiter geworfen. Bekanntlich sagt ein Sprichwort: Ein jeder bekommt die Prügeln, die er verdient.

### Die Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen.

Die bedeutungsvolle Frage, ob bei dem großen Aufschwung, den die deutsche Industrie in den letzten Jahrzehnten genommen hat, auch die Arbeiterin genügend in ihren Interessen berücksichtigt sei, ob sie in ihrem dreifachen Beruf als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter hinreichend entlastet werde, bildete den Gegenstand der Erörterung auf der Konferenz, die am 3. und 4. März im Architektenhause zu Berlin tagte. Ein zahlreiches Publikum, unter dem man alle Vertreter und Vertreterinnen der Frauen und Arbeiterinnenfrage sah, hatte sich eingefunden, um an diesen wichtigen Erörterungen teilzunehmen. Die erste Vorsitzende der Konferenz, Frau Dr. Friedenthal aus Berlin, betonte in ihrer Begrüßungsrede, daß sowohl die Arbeitervertreter, wie die bürgerlichen Sozialpolitiker der verschiedenen Richtungen zu dem Ergebnis gekommen seien, das weitestgehende Schutzprogramm als bisher für die weibliche Arbeiterin geschaffen werden müßte, wenn sie den vielfachen Anforderungen, die an ihre Arbeitskraft gestellt werden, erfolgreich entsprechen sollten. Die Berücksichtigung von 1907 habe ein ungeheures Anwachsen der Frauenarbeit in der Industrie, namentlich der ungelerten, ergeben. Was dieser Tatsache heraus müße man nun die Frage stellen: Wie sind die Bedingungen dieser Ergebnisse für die Frau und für die Gesellschaft? Wie ist der Einfluß der gewerblichen Beschäftigung auf den Organismus der Frau, wie auf ihr persönliches Leben? Ist es der Frau möglich, bei schmerzhafter, gewerblicher Arbeit mit dazu kommende häuslicher Arbeit und Erfüllung von Familienpflichten ein Leben zu führen, das unserer heutigen Kultur entspricht und die Arbeiterin selbst bereichert? Bedeutet die Zunahme der Frauenarbeit in der Industrie eine Verknüpfung oder eine Hebung des Arbeiterstandes, neue geistige und körperliche Entwicklungsmöglichkeiten oder ein Jammertal? Die Referate werden auf diese Frage eine Antwort geben.

Als erste Referentin sprach nach einem Bericht von Marie Heller-Berlin in der jüdischen „Arbeiterin“ („Die Arbeiterin“, Organ des Verbandes katholischer Arbeiterinnenvereine Südbadens). Sie empfahl allen Kollegen ein Kommenen auf die sehr gute Arbeiterinnenzeitung „Freie Arbeiterin“, die seit dem 1. März 1907 in der Redaktion von Frau Dr. Helene Simon aus Berlin über den Anteil der Frau an der deutschen Industrie nach den Ergebnissen der Berufsählung von 1907. Sie be-

tonte, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit der Berufsählung von 1895 um rund 3 Millionen zugenommen habe. Im Jahre 1907 waren 8 1/2 Millionen Frauen im Hauptberuf erwerbstätig. Dagegen nahm der Frauenüberschuß in der Bevölkerung seit 1895 um 153 633 Personen ab. Da nun aber der Staats- und Privatdienst eine ständig wachsende Zahl lediger Frauen in Anspruch nehmen, so bedeutet der noch vorhandene Ueberschuß von 788 300 Frauen gegenüber den Anforderungen von Solks- und Familienwirtschaft tatsächlich bereits einen Frauenmangel. Diese Tatsache ist uns aber naturgemäß dahin, das Frauenleben und die Frauenkräfte höher zu bewerten als bisher.

Die Zunahme der erwerbstätigen Frauen betrifft familiäre Berufsbedingungen. Am härtesten ist sie in der Landwirtschaft, am zweitgrößten in der Industrie. In dieser hat sie seit 1895 um 582 806 Personen zugenommen. Im Jahre 1907 waren in der Industrie im Hauptberuf erwerbstätig 2 103 924 Frauen. Der Grundzahl nach betrifft die Zunahme hauptsächlich alle Gewerbetreibenden, mit Ausnahme der des Bergbaus und des Baugewerbes. Der quantitative Zuwachs entspricht aber keine Zunahme der Qualität, denn der Hauptzuwachs entfällt auf 354 124 Personen auf die ungelerten Arbeiterinnen. Bei den gelerten ist ein geringer Anstieg eingetreten. Die Frauenarbeit ist folglich überwiegend in erwerdige Arbeit, die auf die gesamte Lohnzahlung dauid. Und was sie der männlichen Arbeit gleichwertig oder sogar besser als diese, wird sie niedriger bewertet und geringer bezahlt. Die gewerbliche Frauenarbeit in ihrer heutigen Gestalt hemmt daher den Aufstieg der Arbeiterin und die Entwicklung der Nation.

Dazu kommt noch, daß die Zahl der gewerblich tätigen Ehefrauen seit 1895 um 219 562 stieg. Im Jahre 1907 waren fast 700 000 gewerblich tätige Frauen verheiratet, und unter diesen befanden sich 451 000 Lohnarbeiterinnen. Und das traurige ist, daß der Arbeitszwang der Ehefrau mit der Kinderzahl wächst. Die gewerbliche Frauenarbeit in ihrer heutigen Gestalt gefährdet nämlich die ganze Familie. Es ist daher notwendig, daß die Weiterentwicklung der gewerblichen Frauenarbeit in der Richtung der Erleichterung der Berufsbedingungen von 1907 zu erwägen. Das ist die deutsche Volkswirtschaft und das deutsche Familienleben. Es muß.

Deshalb müssen energische Reformmaßnahmen getroffen werden, und zwar zum Schutze der Arbeiterin selbst und zum Schutze ihrer Kinder. Die Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterin sind dreifacher Natur. Erstens Staatshilfe. Sie durch Erweiterung der Arbeiterinnenversicherung, durch entsprechende Re-

beiterinnenversicherung und durch Fortbildungszwang zum Ausdruck kommt. Zweitens Selbsthilfe, die hauptsächlich durch die gewerkschaftliche Organisation bewirkt wird und drittens jaggewerbliche und hauswirtschaftliche Ausbildung. Die Maßnahmen zum Schutze der Kinder der erwerbstätigen Frauen sind Säuglingspflege und Fürsorge für die älteren Kinder. Es müssen Kruppen und Kinderhorte gegründet werden und Schulpeinungen stattfinden. Wenn diese Reformen erreicht werden, so würde nicht mehr allein die Billigkeit und die wirtschaftliche Not die Grundlauge der Frauenarbeit bilden, sondern das Angebot der freien Frauenhände und die besondere Geschicklichkeit der Frau. Wir brauchen dazu eine neue und höhere Wertung der Mutterpflicht: wir müssen die Mütter ansehen lernen als Hüterninnen des Reichthums der Nation.

Das diese Auffassung der allgemeinen Ansicht entspricht, zeigte der lebhafteste Beifall, der der Referenz geollt wurde. In der Diskussion machten auch mehrere Arbeiterinnen Vorschläge zur Besserung, die insofern interessant waren, als sie aus der Praxis herausgegriffen waren: sie schiederten die geringe Zeit, die eine verheiratete Arbeiterin ihrem Hauswesen und ihren Kindern widmen könne, und die Unannehmlichkeiten die dadurch entstünden. So gingen manche jorgende Mutter mittags nach Hause, ohne ihre Kinder zu wechseln, um ein paar Minuten Zeit zu gewinnen. Sie trage dann aber das Gift und den Staus der Fabrik mit nach Hause und geräre dadurch die Gesundheit ihrer Kinder. Sie gerährlich das gerade sei, wurde in dem zweiten Referat über: „Den Einfluß der gewerblichen Güte auf den Organismus der Frau“ von Frau Dr. Agnes Stamm aus Berlin in sehr anschaulicher Weise geschildert. Namentlich die Bleivergiftungen räumerten nicht nur die Frau, sondern auch ihre Nachkommenheit. Bei Müttern, welche Bleivergiftungen erlitten haben, sterben durchschnittlich 30% der Kinder bei der Geburt oder gleich nachher. Bei anderen Vergiftungen ist es ähnlich, ja zum Teil noch schlimmer. So sind beispielsweise die Typho- gliosemieren in Thüringen stark gefährdet; bei ihnen macht sich das durch zahlreiche Totgeburten bemerkbar. Die Referentin verlangte deshalb, wo es irgend möglich ist, Ersatz der Güte durch andere Materialien, und da, wo das nicht möglich ist, weitgehende Schutzmaßnahmen. In der Diskussion wies aber eine Arbeiterin darauf hin, daß hier gerade Selbsthilfe nötig sei. Die Arbeiterinnen müßten darauf hingewiesen werden, daß sie sofort bei dem ersten Anzeichen der verderblichen Wirkung des Giftes zum Arzt gingen und sich krank melden, was ja sehr zu empfehlen ist. Sie müßten deshalb genau

mit den Symptomen der Vergiftung bekannt gemacht werden, um sich beim ersten Auftreten derselben schützen zu können. Dadurch würde die wirksamste Befreiung erzielt werden.

In der Vormittags Sitzung am 4. März führte Maxer Meyer den Vortrag. Er wies darauf hin, daß es von besonderer Bedeutung für die Konferenz sei, daß auch das Reichsversicherungsamt und die Behörde Vertreter zur Teilnahme an den Verhandlungen entsandt hätten. Frau Dr. Marie Baum, die frühere badische Gewerbeinspektoren und jetzige Wohnungsinpektoren in Dessen sprach darauf über den Einfluß der gewerblichen Beschäftigung auf das persönliche Leben der Frau. Sie wies darauf hin, wie sehr sich für die arbeitende Frau die Lebensbedingungen verändert hätten, seit sie aus der jahrtausendelangen Abgeschlossenheit in die gewerbliche Berufsarbeit getreten sei. Sie habe es aber bisher noch nicht verstanden, sich den neuen Lebensbedingungen anzupassen. Wollen wir, daß die Anpassung schneller geht, so müssen wir, die äußeren und inneren Hemmnisse, die erheben durch Gesetzgebung, Organisation und Wohlfahrtspflege, die inneren durch Erziehung und Erwerbungs des persönlichen Lebens beseitigen.

Es sind besonders zwei Lebensstufen, während welcher die gewerbliche Arbeit in ihrer heutigen Form verknüpernd auf das persönliche Leben einwirkt: die Entwidelungszeit und die für die Durchführung der Mutterpflicht und Kindererziehung nötigen Jahre. Der Grund für das so viel beklagte Herunterkommen der Hauswirtschaft liegt in dem allzu frühen Einstellen der Mädchen in die gewerbliche Arbeit. Es ist eine Verfrühdung an den 14-jährigen Kindern, die gerade in der Entwicklung des Gemüths und Charakters stehen, sie einer einseitigen mechanischen Tätigkeit zuzuführen, die ihre Phantasie völlig brach legt. Dadurch stumpft die Frau nicht nur ihrer Arbeit gegenüber ab, sie verliert auch das feine Empfinden, das sie als Erziehung ihrer Kinder braucht. Die Vortragende verlangte deshalb als Gegengewicht gegen die mechanische Belastung des industriell beschäftigten jungen Mädchens sachliche und hauswirtschaftliche Fortbildung, Unterricht, Lehrwerkstätten, Jugendvereine, Jugendbibliotheken und ähnliches. Ferner verlangt sie für die verheiratete Frau die Einführung einer fakultativen Halbtagsschicht sowie Berücksichtigung der Bedürfnisse stillender Mütter. In der Diskussion betont Frau v. Schaffsch, die Delegierte des Gesamtverbandes der katholischen Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen, daß der Frau noch mehr Schutz für die Frau und Mutter der Frau des Uebels treffe, aber es könne wenig erreicht

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aus dem Abtate. Wir müssen den christlichen Textilarbeiterverband wieder haben! Schon einmal, vor etwa zwei Jahren, war es, als die Wogen der Begeisterung für die christliche Berufsorganisation bei der heftigen Arbeiterkluft hoch gingen. Aber der gewerkschaftliche Geist war nicht in die Herzen gedrungen, er war an der Oberfläche geblieben.

Es waren dann die Arbeiter des Abtates eines schönen Tages wieder unorganisiert und waren es vielleicht auch geblieben, wenn — wir im Abtate nicht dieselben modernen Industrieverhältnisse hätten wie in den anderen Industriegebieten Deutschlands. So aber mußten die gleichen Leiden notwendigweise die gleichen Wirkungen erzeugen, und die Arbeiterkluft des Abtates kam allmählich wieder zu der Erkenntnis, daß es ein Übel ist, wenn in einem Fabrikbetriebe von siebzehnhundert Arbeitern jeder einzelne für sich seine Interessen vertreten will, selbst wenn die Betriebsleitung sich von den besten Absichten leiten läßt.

Als nun gar die durch die gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen notwendig gewordene Aenderung der Arbeitszeit den Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen keine Rechnung trug, da ging es von Mund zu Mund und plötzlich scholl nur noch das eine Echo durch das Abtate: „Wir müssen den christlichen Textilarbeiterverband wieder haben!“

Und jetzt waren es die evangelischen Arbeiter, welche mit in erster Reihe marschierten. An den verschiedenen Orten fanden Versammlungen statt. Bisher wurden die Ortsgruppen Langenfeldbach, Auerbach, Ehenroth, Reichenbach und Lusenbach gegründet, weitere sind im Entstehen begriffen. Möge die Arbeiterkluft des Abtates aus ihren Erfahrungen der letzten Jahre aber auch die einzig richtige Lehre ziehen und unverbrüchlich festhalten an der Organisation, dann werden ihre berechtigten Wünsche auch ihre Erfüllung finden.

Bamberg. Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnisnahme, daß das Verbandssekretariat sich nunmehr befindet in Hinterer Graben 24. I. Sprechtstunden werden abgehalten mittags von 12—1 Uhr und abends von 5—7 Uhr. Sonntags und Mittwochs fallen die Sprechstunden aus, jedoch werden wichtige Mitteilungen zu jeder Zeit auf dem Sekretariate entgegengenommen, wie daselbe von den Mitgliedern in besonders dringenden Fällen auch außerhalb der Sprechstunden in Angriff genommen werden kann. Bei Abwesenheit des Kollegen Müller von Bamberg wird derselbe von einigen Ausschüßmitgliedern abwesend vertreten, die gerne bereit sind, an den Wochentagen in der Zeit von 6—7 Uhr abends auf dem Sekretariate Mitteilungen, Wünsche und Beschwerden der Mitglieder entgegenzunehmen. Die zwanglosen Mitglieder zusammenkünfte finden regelmäßig jeden Mittwochabend von 8 Uhr ab im „Englischen Garten“, Schweinfurterstraße, statt. Zu denselben dürfen von den Mitgliedern ihre Angehörige sowie auch Unorganisierte eingeschickt werden.

Krefeld. In Nr. 9 des anarcho-sozialistischen Organes „Die Einigkeit“, verfaßt ein Scriba, die christlichen Gewerkschaften in Krefeld der Sozialabtreibung schuldig zu verurteilen. Von mehreren Seiten wurde uns dann bekannt, daß von Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ das Gerücht verbreitet würde, daß christliche Gewerkschaftskartell trage die Schuld daran, daß der Inhaber

werden ohne Erziehung zu höheren Beweggründen. Die Volkseiche müsse das soziale Gewissen werden und die nötige Aufklärung geben. Pfarrer Jakobson ist gegen die fakultative Halbtagsschicht für verheiratete Frauen, er verlangt kürzere Arbeitszeiten für alle Frauen.

Frei. Gemischte, eine Arbeiterin, spricht ihre Freude darüber aus, daß hier auch einmal die arbeitende Frau als Persönlichkeit gewürdigt werde, und Frau Wenzel, ebenfalls eine Arbeiterin, betont die Notwendigkeit, der Mutter soviel Zeit zu geben, daß sie ihre Kinder zu Hause erziehen könne, da die Mutterliebe durch keine Fürsorge außer dem Hause zu ersetzen sei. Zum Schluß spricht dann Frau Dr. Jaffé-Richtbojen, die erste deutsche Gewerbeinspektörin, über die Frau in der Gewerbeinspektion. Sie gibt einen lehrreichen Überblick über die Entwicklung der weiblichen Gewerbeinspektion, die ihren Anfang in Amerika nahm und von dort zuerst nach Frankreich und England, dann aber auch in die übrigen Länder kam. Deutschland hat heute bereits 26 Gewerbeinspektörinnen, die sich durchaus bewährt und manche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen herbeigeführt haben. Leider sind die Sprechstunden der Gewerbeinspektörinnen nicht so besucht, wie es wünschenswert wäre, und das hat seinen Grund einerseits darin, daß sie nicht genügend bekannt sind, und andererseits wirkt die Abendkühle nach Arbeitskluft auf die Arbeiterinnen, wenn sie müde nach Hause kommen, hindernd. Frau Clausner, die Vorsitzende des Zentralarbeitsnachweises in Berlin, schlägt deshalb in der Diskussion vor, die Polizei solle in jedes Dienstbüro einen Zettel mit den Adressen und den Sprechstunden der Gewerbeinspektörinnen kleben und letztere möchten ihre Sprechstunden in die Arbeitsnachweislstellen verlegen. Dies führte zu einer lebhaften Diskussion, an der sich verschiedene Arbeiterinnen beteiligten, die feststellten, daß sie zum Teil in zehn Jahren die Gewerbeinspektörin nicht gesehen und deshalb gar keine Gelegenheit gehabt hätten, ihr gegenüber Wünsche zu äußern. Nach Annahme einer Resolution, in der die Forderung aufgestellt wurde, daß neben atademisch vorgebildeten Gewerbeinspektörinnen auch Arbeiterinnen oder Frauen aus ihnen nahestehenden Kreisen angestellt werden sollten, wurde die Versammlung geschlossen. Der allgemeine Eindruck war ein sehr befriedigender, denn die hier geäußerten Verhandlungen haben zahlreiche wichtige Punkte aus dem Leben der industriellen Arbeiterin ins Licht gezogen, die nur wirkungsvoll vererbt werden können, wenn sie hell beleuchtet und öffentlich erörtert werden.

der „Einigkeit“ der „Freien Vereinigung“ sein Lokal entzogen habe.

Daraufhin sandte der Vertreter des christlichen Gewerkschaftskartells eine kurze aufklärende Notiz an die „Einigkeit“, um die falschen Meinungen zu zerstreuen. Das anarcho-sozialistische Organ bringt es jedoch nicht über sich, unsere sachliche gehaltenen Notiz wiederzugeben ohne Verwischung des Eintrages derselben. Das Organ will jetzt nichts behaupten haben und meint dann, es hätte überhaupt nicht nötig gehabt, unsere Notiz zu bringen. Das braucht uns das Blatt gar nicht zu sagen. Wir setzen jedoch von einem anständigen Gegner voraus, daß er auch in Aussagen der Wahrheit die Ehre gibt. Es ist nur Vorkriegerei, nachträglich in Ermangelung von Beweisen die Tendenz des fraglichen Artikels bestreiten zu wollen. Was wir aus dem Artikel herauslesen, nämlich Verleumdung der christlichen Gewerkschaften, ist daselbe, was auch Mitglieder der „Freien Vereinigung“ daraus verstanden haben.

Beil nur das genannte Organ einer unabweislichen Klarstellung keinen Raum gibt, so sei hier nochmals festgestellt, daß von Seiten des christlichen Gewerkschaftskartells weder mündlich noch schriftlich jemals etwas unternommen worden ist, um der „Freien Vereinigung“ ihr Vereinslokal zu nehmen. Damit ist für uns die Sache erledigt. Unsere Mitglieder, auf deren Wunsch wir berichtet haben, mögen aus dem Verhalten der „Einigkeit“ und ihrer Hintermänner die Lehre schöpfen, daß es nicht angeht, deren Geschrei immer ernst zu nehmen. Deshalb — laßt sie laufen.

Schiffbau. Zu unserer Mitgliederversammlung vom 6. März waren die Kollegen Detat und Adler-M. Gladbach erschienen. Kollege Detat hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation in der Jetztzeit. Er hob besonders den Arbeitsnachweis der Arbeitgeberverbände hervor, weiter behandelte er die Krisen der beiden letzten Jahre und wies nach, daß durch die Organisation dieselbe für die Arbeiter nicht so einschneidend gewesen ist, wie die früherer Jahre. Er ermahnte die anwesenden Frauen, doch dafür zu sorgen, daß ihre Männer der Organisation treu bleiben und stets zu den Versammlungen kommen, denn dort wäre es recht am Platze, sich gegenseitig auszusprechen. Das Schlimmste in den Fabriken und auf der Straße hätte gar keinen Zweck. Auch möchten die Eltern dafür sorgen, daß die Jugend mehr dem Verbandszugehörigkeit würde. Die Kolleginnen ermahnte er, doch mehr als bisher für den Verband tätig zu sein, in ihren Reihen seien noch viele zu gewinnen, wenn sie nur mal Hand anlegten. Zum Schluß seiner Ausführung forderte er alle Mitglieder auf, doch den Führern des Verbandes volles Vertrauen entgegenzubringen und sich von den Heßern und Gegnern unserer Organisation nicht beirren zu lassen. Zum Schluß sprach der Vorsitzende einige Worte über den Bronauer Streik bei der Firma „Gleimmar“. Sodann fand noch eine Verlosung statt, die einen sehr schönen Verloosung nahm.

Zittau. Unsere Ortsgruppe hielt am 12. März eine Mitglieder-Versammlung ab. Nach dem „Gesellschaftlichen“ folgte ein interessanter Vortrag unseres Kollegen Pöder. An Hand der lokalen Verhältnisse bewies er die Notwendigkeit der Organisation. Auch der anwesende Bezirksleiter vom österreichischen Bruderverband, Kollegen Röttig, richtete einige ermunternde Worte an unsere Mitglieder. Eine kurze Diskussion bildete den Schluß der Versammlung.

Aus unserer Industrie.

Ein gutes Jahr für die Kammgarn-Industrie.

Wie die jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Abschlüsse der Kammgarnspinnereien zeigen, waren diese Unternehmen im vorigen Jahre von der Konjunktur in hohem Maße begünstigt, und die deutschen Kammgarnspinnereien können nur auf wenige Jahre zurücksehen, die von Anfang bis zu Ende für sie in gleichem Maße befriedigend waren wie das Jahr 1909. Von den Kammgarnspinnereien, deren Aktien an der Berliner Börse eingeführt sind, und deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, haben die meisten ihren Abschluß bereits veröffentlicht. Die hauptsächlichsten Resultate gehen aus nachstehendem hervor:

Table with 4 columns: Spinnerei, Umsatzeinnahmen, Reingewinn, Dividende. Rows include Schleibitz, Schönewitz, Bernshausen, and Tittel-Krüger.

Bei den angeführten Gesellschaften haben also durchweg Dividendenerhöhungen stattgefunden. Die Kammgarnspinnerei Schönewitz, die von 1904 bis 1907 von Jahr zu Jahr ihre Dividende um 3 Proz., nämlich von 9 Proz. auf 12 Proz., jobann auf 15 Proz. und weiter auf 18 Proz. aufbesserte, für 1908 aber auf 15 Proz. ermäßigen mußte, hat für das Jahr 1909 mit 20 Proz. ihre bisher überhaupt höchste Dividende bezahlt. Die Kammgarnspinnerei Düffelhorf, deren Aktien im vorigen Jahre wieder an der Berliner Börse eingeführt wurden, hat 150.000 M. zur Verfügung des Aufsichtsrates gehalten, resp. für Erweiterungen reserviert, während die 7proz. Dividende nur 140.000 M. in Anspruch nimmt. Tittel u. Krüger, die im Jahre 1908 sehr erfolgreich gearbeitet hatten, haben zwar die Abschreibungen nicht so überreichlich wie im vorigen Jahre bemessen. Inzwischen ist die von 7 Proz. auf 10 Proz. aufgebesserte Dividende die beste seit dem Jahre 1899. Die Bernshausen-Kammgarnspinnerei hat ebenfalls ihre Dividende sowohl für die Stamm- wie für die Vorzugsaktien um je 1 Proz. erhöht und verteilt damit die besten Dividenden seit einer ganzen Reihe von Jahren. Die sächsische Kammgarnspinnerei Solbrig in Hartau, die in den neun Jahren von 1897 bis einschließlich 1905 fünfmal überhaupt keine Dividende bezahlte, während die überaus höchste Dividende in diesem Zeitraum 3 1/2 Proz. war, ist für 1909 mit 9 Proz. noch über das Durchschnittsjahr 1907, für das 8 Proz. verteilt wurden, hinausgegangen. Auch jene Gesellschaften, deren Abschüsse noch nicht veröffentlicht worden sind, haben befriedigend gearbeitet. Ein sehr gutes Ergebnis wird z. von der Leipziger Kammgarnspinnerei Stöhr erwartet, bei der auch das amerikanische Unternehmen gearbeitet hat, und die eine Dividende von 16 Proz. in Aussicht brachte, so daß damit die 15proz. Dividende von 1897 zum erstenmal übertroffen wird. Die Kontordia-Spinnerei und Weberei, die zu den benachteiligten Unternehmungen der deutschen Wollindustrie gehört, die aber für 1908 ihren Aktionären eine sehr unangenehme Enttäuschung bereitet, weil sie nach Dividenden von mindestens 10 Proz. seit

1904 den Dividendenkonten für 1908 notleidend werden lassen mußte, hat im Jahre 1909 ebenfalls wieder befriedigend gearbeitet. Die Bremer Wollwäcker hat für 1909 16 Proz. Dividende gegen 10 Proz. im Vorjahre in Aussicht gebracht. Selbst die Kammgarnspinnerei Gaußig in Leipzig, die die Aktionäre an chronische Dividendenlosigkeit gewöhnt hat, verteilt für 1909 7 Proz. Dividende und geht damit selbst über das für 1907 ausnahmsweise erzielte günstige Ergebnis von 6 Proz. hinaus.

Diese durchwegs erfreulichen Resultate führt die „Post“ darauf zurück, daß die Kammgarnspinnereien, nachdem im Jahre 1908 bis zum Herbst hinein der Bedarf künstlich zurückgehalten worden war, während des ganzen Jahres 1909 bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt waren, und das inmitten einer allgemein aufsteigenden Konjunktur, die bis zum Herbst sich fortsetzende Steigerung der Wollpreise auch in den Garnpreisen voll durchgesetzt werden konnte. Die gradlinige Aufwärtsbewegung der Konjunktur war es aber, die das Geschäft im Jahre 1909 sehr erleichterte und dieses zu einem lohnenden gestaltete.

Auch zurzeit ist die Situation der deutschen Kammgarnspinnereien befriedigend, und durch bedeutende Aufträge ist ihnen volle Beschäftigung noch auf Monate hinaus gesichert. Inzwischen ist die Situation trotzdem nicht mehr mit jenem Optimismus zu beurteilen, der in den überaus stark gestiegenen Kursen der meisten Aktien dieses Industriezweiges zum Ausdruck kommt. Die Preise der feinen Wollen, die auf den letzten Londoner Auktionen noch weiter in die Höhe gegangen sind, haben nur eine Höhe erreicht, die dem Konsum keineswegs förderlich sein können, und die in den Garnpreisen sich nicht mehr so leicht durchsetzen lassen wie die Haufe der Wollpreise im vorigen Jahr. Die Rentabilität des Betriebes wird also durch die hohen Rohstoffpreise beeinträchtigt. Andererseits lenken diese den Konsum mehr zum Verbrauch von minderen Fabrikaten, durch die die Nachfrage nach Kreuzstuchwollen eine Belebung erfahren hat. Die Preise der geringeren Wollen haben infolgedessen auf den letzten Londoner Auktionen gleichfalls einen Aufschlag erfahren, und zwar noch einen größeren, als die feinen Wollen, weil infolge des schlechteren Ausfalles der argentinischen Schur die Versorgung mit geringeren Wollen gegenüber dem vorigen Jahr zurückbleibt. Die Austral-Schur aber wird höher veranschlagt als die vorjährige, und da in der nächsten Zeit das Gros der überseeischen Wollen in Europa eintrifft, so mag vorübergehend immerhin ein geringer Preisdruck nicht ausbleiben. Die amerikanische Nachfrage wird auch jene der französischen Industrie (und zwar diese vielleicht im Zusammenhange mit den Wasserfallkatastrophen) war auf den letzten Woll-Auktionen etwas abgeschwächt; aber im allgemeinen herrscht bezüglich der Wollpreise eine sehr zuversichtliche Stimmung und man glaubt, daß der gesamte Rohstoffvorrat von der Industrie ohne Schwierigkeit aufgenommen werden wird. Immerhin ist der Preisstand speziell für Merinowollen ein derart hoher, daß bei allen Dispositionen Vorsicht geboten erscheint.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Jahresbericht des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Diese rührige Organisation innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat auch im Kreisjahre 1909 den Beweis erbracht, daß sie gefestigt dahebt und trotz aller Stürme rüstig voranschreitet. Die Einnahmen dieses Verbandes sind im Jahre 1909 nicht unbedeutend gestiegen und beliefen sich auf 320.617 M. An regelmäßigen Wochenbeiträgen der Mitglieder kamen allein 295.648 M. ein. Den erhöhten Einnahmen stehen erhöhte Ausgaben in einer Gesamthöhe von 265.816 M. gegenüber. Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf das Konto Unterstützungen. Hierfür wurden nicht weniger als 161.116 M. aufgewandt. Die Streit- und Gemäßigungsunterstützung erforderte allein die Summe von 78.060 M. Diese Summe, die sich gegen die des Vorjahres nicht unbedeutlich erhöhte, deutet schon an, daß sich teilweise eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machte und die Arbeiterkluft bestrebt war, diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorbeigehen zu lassen. Hingehüllt verdient indes zu werden, daß fast alle geführten Lohnkämpfe (einige wenige ausgenommen) mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endeten.

Tarifabschlüsse von nennenswerter Bedeutung, die den Holzarbeitern große Vorteile sichern, schloß der Verband u. a. in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet ab. Für die Holzarbeiter im letzteren Gebiet hat noch kein Jahr solche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebracht wie das Berichtsjahr.

Trotz der teilweise vor sich gehenden Hebung der Konjunktur, war die Arbeitslosigkeit noch bedeutend. An Arbeitslosenunterstützung zahlte der Verband die Summe von 39.908 M., an Krankenunterstützung, einsch. der Leistung einer Zuschußklasse 46.489 M. Sterbegeld wurde im Betrage von 2652 M. ausbezahlt. Unterstützungen an Mitglieder, die gezwungen wurden, an einen anderen Ort zu verziehen, wurden im Gesamtbetrage von 2370 M. gewährt. An sonstigen Unterstützungen wurden gewährt 3278 M.

Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresschlusse 1909 in Hauptkasse und Lokalkassen 315.703 M. Auf jedes Mitglied entfällt ein Vermögensanteil von 27,90 M. Damit ist der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands die finanzkräftigste Holzarbeiter-Organisation überhaupt. Weder der sozialdemokratische Holzarbeiterverband, noch der Hirsch-Dunckerische Gewerbeverein der Holzarbeiter sind im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder finanziell so getränkt. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist im Jahre 1909 um 463 gewachsen und beträgt 11.312. Nachdem diesbezüglich das Jahr 1908 einen kleinen Rückgang brachte, ist mit dem Ergebnisse des Jahres 1909 die höchste, früher erreichte Mitgliederzahl überschritten.

Zur Erledigung seiner Aufgaben unterhält der Verband in den verschiedensten Gegenden des deutschen Reiches Sekretariate. Ein neues wurde im Berichtsjahre in Breslau geschaffen. Außerdem bestehen solche in München, Freiburg i. B., Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Gießen, Bochum, Hannover, Berlin und Danzig. Das Berliner Sekretariat ist als Zentralisationspunkt für die Arbeit in den Provinzen Brandenburg, Pommern und Sachsen gedacht.

In der neuesten Nummer des Verbandsorgans erläßt der Zentralvorstand einen Aufruf an die Mitglieder, auffordernd, die kommende Zeit einer besseren Konjunktur zur weiteren Stärkung der Mitgliederzahlen rege zu benutzen und neue Poststellen zu errichten. Unzweifelhaft werden die Mitglieder dieser Aufforderung gern nachkommen. Die Bezirkssekretariate aber sind allen recht dankbar, die ihnen Adressen von christlichen Holzarbeitern aus solchen Orten zustellen, wo der Verband bisher noch keinen Eingang gefunden hat.

Herr Gewerbeinspektor Wittmann und die christlichen Gewerkschaften. Die Nachspiele von „Badisch-Rheinelden“ kamen Anfang März in der badischen Landeskammer zur Sprache. Wittmann begründete seine Stellung in zwei längeren Reden. Doch bedeuten die Parlamentsverhandlungen nicht in jeder Beziehung eine Rechtfertigung für den Herrn Gewerbeinspektor Sornet die Sache direkt auf den Sekretär Engel bezug hat, können wir sie hier übergehen. Bezüglich des Vorgehens Wittmanns gegenüber der christlichen Gewerkschaften überhaupt, namentlich hinsichtlich seines bekannten Briefes an unseren Lokaltbeamten Kiefer-Zell, war die mehrtägige Debatte für Wittmann durchaus ungünstig. Die christlichen Gewerkschaften sind gerechtfertigt. Von konservativer und zentrumslicher Seite fand das Vorgehen Wittmanns ganz entschieden Missbilligung und Verurteilung. Und sein Rechtfertigungsversuch in dieser Hinsicht war durchaus schwach und unglücklich. Diese Sache läßt sich eben nicht verteidigen, er hat sich vergiffen und in der ganzen „Affäre“ mehr seinem Temperament als seinem Verstand, seiner kühlen Ueberlegung gehorcht. Selbst die liberale „Neue Badische Landeszeitung“ (10. März) nennt seine Rede „erregt“ und „sentimental“.

Der Minister des Innern, Vorgesetzter Wittmanns, sagte nach einem Bericht der genannten Zeitung bezgl. Wittmanns Schreiben an Kiefer:

Die Anzeige jenes Sekretärs Kiefer hat, wie schon mitgeteilt, ihre Erledigung gefunden. Ich bin aber der Ansicht, daß man dem Sekretär davon hätte Nachricht geben sollen und daß der Vorfall, ihm Mitteilungen über zufällige Fragen zu machen, nicht glücklich gewählt war. Die Fabrikinspektion hatte auch keine Bedenken, dieses Schreiben abzuschicken, da es nicht für die Öffentlichkeit, sondern zur Weitergabe bestimmt war. Die Bemerkung, daß der Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abgebrochen sei, war eine zu weitgehende Fassung. So weit es sich um den dienstlichen Verkehr handelt, kann derselbe von einer Behörde nicht abgebrochen werden, auch nicht mit einer Organisation.

In dem Schreiben der Fabrikinspektion an die Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften wurden starke Ausdrücke gebraucht, die vielleicht besser von amtlicher Stelle unterblieben wären.

Die „Frankfurter Zeitung“ redet mit Recht von einer Desavouierung des Generalinspektors durch seinen Vorgesetzten.

Daß die „Genossen“ dem Oberregierungsrat die Stange hielten, versteht sich von selbst, seitdem in Baden die Sozialdemokratie zur „großherzoglich-badischen“ avanciert ist. Die Sache mit Wittmann und den „Genossen“ klappte im Landtage so vorzüglich, daß sich ein Abgeordneter zu der Bemerkung verleitete ließ, daß sei alles vorher gut ausgeknobelt gewesen.

Die christlichen Gewerkschaften können mit dem Verlauf der Kammerdebatten zufrieden sein. Der „Fall Engel“ ist eine Sache für sich. Jedenfalls hat der Oberregierungsrat, Herr Gewerbeinspektor Wittmann, aus der ganzen Sache das Eine gelernt, daß die christliche Gewerkschaftsleitung nicht von Pappe ist und auch nicht vor einem Oberregierungsrat zusammenknickt wie ein Taschmesser. Die christlichen Gewerkschaften wissen ihre Ehre, ihre Stellung und ihr Recht zu wahren. Ihre Leitung ist geschickt und einflussreich genug, um ihre Position siegreich zu verteidigen, selbst dann, wenn Sozialdemokratie und Regierungsrat sich gegenseitig in die Karten sehen lassen.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen.

Zwischen „Berliner“ Fachabteilungen und „Gelben“ besteht unseitig eine Ideengemeinschaft. Kürzlich erst hat sich der „Rund“, das Organ der „gelben“ Vereine in Berlin, ausdrücklich darauf berufen, daß sie (die „Gelben“) in bezug auf den Streitganz mit den Fachabteilungen auf einem Standpunkt ständen. Diese Gemeinschaft hat jüngst wieder recht sonderbare Blüten getrieben. In Gießen heften die Kruppischen „Gelben“ die katholischen Arbeiter gegen die Zentrumsparthei auf — zugunsten des Nationalliberalismus natürlich. Dieser an sich politische Vorgang ist für uns nur deshalb von Interesse, als sich die „gelben“ Zentrumsheger dabei — der „gut katholischen“ „Berliner“ Fachabteilungen bedienen. In einem „gelben“ Aufruf heißt es u. a.:

„Die rührigen katholischen Arbeiter, welche von den unchristlichen Maschinen (11) der christlichen Gewerkschaften nichts wissen wollen, wenden sich den katholischen Fachabteilungen, den (gelben, d. B.) Werbervereinen oder den vaterländischen (lies: gelben, d. B.) Arbeitervereinen zu, die in bezug auf die Beurteilung der leichtfertigen Streiks und des Vorgehens der Streikgewerkschaften überhaupt im wesentlichen übereinstimmen.“

Man sieht, die „Berliner“ machen sich gut als Stütze für eine „gelb-liberale“ Zentrumshege. Ueberhaupt spricht eine wunderbare Harmonie aus diesen Zeilen zwischen „Gelben“, „Vaterländischen“ und den Fachabteilungen. Die „rührigen katholischen Arbeiter“ mögen sich alle diesen Vereinigungen anschließen, nur nicht den christlichen Gewerkschaften. Dann werden sie den Arbeitgebern nicht gefährlich und diese machen dann auch mit Ruhe und Geschick ihr politisches Geschäftchen.

Der Unternehmer soll an den Webstuhl gehen. In Nr. 8 der „Textilarbeiter-Zeitung“ sind die geradezu verrückten Ausführungen des Genossen Koyte-Berlin vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande mitgeteilt worden. Der „lichte“ Mensch führte in einer Versammlung in Sorau (N.-Laußig) aus (Siehe Sorau unter Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten in Nr. 8): „Wir wollen uns nicht über eine handvoll Leute (gemeint sind die christlich organisierten Textilarbeiter) den Kopf zerbrechen... Nachdem die Vertreter der Christlich-

Nationalen bei der Finanzreform das Wort vertreten haben, muß gesagt werden, daß gegen solch einseitige Maßnahmen vorging, die den Interessen der Arbeiter entgegenstehen. Es gibt keine andere Organisation, die die Interessen der Arbeiter vertritt, als die sozialdemokratische, die freie Gewerkschaft, und wer nicht mit uns ist, der mag sich zum Teufel scheren. ... wie als Arbeiter haben wir kein Kapitalverbrechen zu machen, wo der Staat die Steuern herholt. Das kann uns egal sein, was der Staat Steine macht, oder mag er sich das Geld bei den reichen Fabrikanten holen oder bei dem großartig begabten Reichsminister. ... Was kümmert es uns, wo der Staat seine Steuern herholt. Wenn er seine Steuern nicht bezahlen kann, dann mag er ihnen weniger geben. Was brauchen die Offiziere soviel Geld, wenn sie nichts dafür tun wollen. Wenn ihnen das nicht paßt, mögen sie Steine fassen. Alle Arbeiter, die nicht sozialdemokratisch organisiert sind, verdienen Kopfsteifen und Präge!

Es ist nicht das erste Mal, daß führende Leute des Verbandes „deutsche“ Textilarbeiter solche oder ähnliche hirnverbrannten Ausführungen machen. Vor Jahren erklärte mal, wie uns von einem Kollegen mitgeteilt wird, so ein Vollblut-Genosse in einer Versammlung, der „deutsche“ Textilarbeiterverband werde nicht eher ruhen und lassen, bis der letzte Fabrikant am Wechsellust siehe.

Ueberrassend werden solche Ideen systematisch von dem Zeitungsorgan dieses Verbandes propagiert. In den Nummern 28 und 29 vom vergangenen Jahre schüttete der „Textilarbeiter“ gleich einen ganzen Korb Schmutz auf den Genossen Calver aus, weil dieser es gewagt hätte, die tendenziösen und total falschen Anschlüsse des „Textilarbeiters“ aus Geschäftsabschlüssen einiger Textilunternehmungen gebührend zu zerlegen. Mit Berichterstattung wurde über Calver hergefallen, er sei ein Vandalenbrecher des Textilkapitals, habe von der Sache keine Ahnung, könne sich als Sekretär eines Unternehmers-Verbandes engagieren lassen, denn er habe eine Glanzleistung zur Rechtfertigung der Ausbeuterinteressen des Textilunternehmens vollbracht. Der Rest hätte längst aus der Partei ausgeschliffen werden müssen. Calver hat dieses Gebahren angeleitet, er ist kurz darauf aus der Partei ausgestiegen. Jedoch schreibt der „Fünftennungs-Meinungsfabrikant“, der „Unternehmensbildung“, heute noch für „Grundstein“, „Korrespondenzblatt“ und andere sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter. Auf der letzten Generalversammlung des „freien“ Maurerverbandes meinte die „Grundstein“-Redaktion, Calvers Schreibweise sei fruchtbar für die Arbeiterbewegung, und Bömmelburg ließ durchblicken, daß man einen Ersatz in der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung für Calver nicht habe. Vielleicht reicht Krähig vom „Textilarbeiter“ seine Referenzen ein. Der Mann hat was los — im Kaufschützen.

Als gelegentlich dieser kräftigen Begeisterung Calvers schrieb der „Textilarbeiter“ u. a. (Nr. 19, 1909), nachdem er die aller gewerkschaftlichen Taktik schon sprechende „Feststellung“ gemacht hatte, daß die Textilarbeiterschaft bei ihren Lohnforderungen auf die Rentabilität des betr. Unternehmens durchaus keine Rücksicht zu nehmen habe.

„Ob die Aktionäre durch etwas verdienen, kann den Arbeitern gleich sein. Denn erstens fragt man die Arbeiter auch nicht, ob sie mit dem Lohne zufrieden sind, den man ihnen zahlt, und zweitens zwingt sie ja niemand, Aktionäre zu sein; sie können ja etwas weit höheres machen, sie können arbeiten. Brauchen wir denn Aktionäre? Calver wird natürlich sagen „ja“: wir aber jagen nein, wir brauchen keine, die Produktion kann ja gesellschaftlich werden. Zur Produktion brauchen wir nur Arbeiter; die Aktionäre sind nur Schmarotzer der Arbeit.“

Und an einer anderen Stelle: „Seit wann, so fragen wir Calver, haben Sie denn arbeitendes Kapital? Freilich, den Mehrwert der Arbeit freilich, das Kapital haben wir wohl, aber niemals arbeitendes Kapital. Wir wollten durchaus nicht zeigen, wie das Kapital „arbeitet“, sondern wie es den Ertrag der Arbeit frisst.“

Eine solche Sprache kann nur ein Mensch führen, dem die Schürung des Klassenhasses über alles geht und der sich um die wirklichen Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen den Teufel schere. Von dem kompletten Unfug, der aus diesen Zeilen spricht, sehen wir dabei ganz ab. Wer so den Unternehmern Trümpfe in die Hand drückt, verfehlt in der schlimmsten Weise die Arbeit der Arbeiter. Die Sprache des „Textilarbeiters“ ist die wüste Sprache des Klassenkampfes, die zu der gewerkschaftlichen Arbeit paßt wie die Faust aufs Auge. Auf einen Arbeiter aber, der diese Dinge liest und demnach solchen Verbänden die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen anvertraut, kann das Schicksal von den Fabrikanten und Regierungen nur zu ungünstig sein.

Zur Sache möchten wir nur noch die durch diese Zeilen bewiesene Tatsache hervorheben, daß solche eine Weisheit aus keinem Verbandsblatt geschöpf hat und daß es im Verbandsblatt „deutscher“ Textilarbeiter noch mehr tolle Reden gibt, wenn solche auch einer ist.

**Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.**

Zur Beurteilung des Charakters der amerikanischen Gewerkschaften ist folgende Tatsache von Interesse. In einigen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten werden auf Anregung eines katholischen Bischofs Kontraktgesetze verabschiedet, die die Arbeiter über die Unterhandlungen und Beziehungen des Sozialismus belehren sollen. Wie wir der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ entnehmen, wird als Redner in diesen Vorträgen auch der bekannte Gewerkschaftsführer Mitchell mit.

Wurde in Deutschland ein Führer der „freien“ Gewerkschaften es wagen, eine andere politische Uebersetzung als die sozialdemokratische zu bringen und gar zu unterlegen, so wurde er sofort mit Schimpf und Schand aus dem Land gejagt. Die „freien“ Gewerkschaften in Deutschland sind also Agitatoren und Führer nur Worte, die auf den Sozialismus abzielen.

Bekanntlich ist die amerikanische Gewerkschaftszentrale American Federation of Labor der internationalen Organisation der „freien“ Gewerkschaften angehörend. Wie wenig sie in diese Kategorie paßt, wird uns wieder durch oben angeführte Worte der „Rheinischen Zeitung“ klar.

Bekanntlich steht auch der Präsident der Federation of Somberts, auf dem wirklich zentralen Gewerkschafts-Standpunkte, dem die christlichen Organisationen häufig vertreten haben. Somberts hat den Anschluß an die Internationale bewirkt, um sie von der Sozialdemokratie ganz frei zu machen. Ob ihm gelingen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls geht hieraus wieder hervor, daß die deutschen „freien“ Gewerkschaften durch ihre Verstopfung mit der Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung zersplittert und geschwächt und die Gewerkschaftsgebäude im Interesse des sozialistischen Klassenkampfgebäudes vergewaltigt haben.

**Allgemein Gewerkschaftliches.**

Eine Ausperrung einer Viertelmillion Arbeiter? Nachdem die Arbeitgeberorganisationen des Baugewerbes erreicht hatten, daß alle im Baugewerbe Deutschlands bestehenden Tarifverträge zum kommenden 31. März abläufen, rüsteten sie sich auf einen Hauptanschlag gegen die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen: In einheitlichen Verhandlungen sollten für das ganze Reich einheitliche Bedingungen geschaffen werden, und bei diesen sollte der Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein fester Kegel vorgeschrieben werden.

Nach ergebnislosem Verlauf früherer Verhandlungen fanden am 9. März in Berlin neue Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberbunde und den Vertretern der Arbeiterorganisationen statt. Sie sind ohne Ergebnis geblieben, so daß die Situation nunmehr fürchtbar ernst ist.

Der 31. März steht vor der Tür. Kommt bis dahin kein Einverständnis, so sollen nach einem Beschlusse der Arbeitgeber alle Bauarbeiter Deutschlands, ca. eine Viertelmillion, ausgesperrt werden.

Worum handelt es sich? Die „Baugewerkschaft“ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter berichtet: „Die Arbeitgeber halten seit an dem zentralen Tarifabschluß, den verschlechterten Bestimmungen über die Arbeitszeit und den Ueberstunden; sie fordern die Anerkennung von Einheits-, Durchschnitts- und Staffellohnen. Auf die Worte „geleitete, tüchtige Maurer- und Zimmergesellen“ wollen sie verzichten, wenn die Arbeitervertreter den erheblich verschlechterten Tarifparagrafen des Arbeitgeberbundes annehmen. Die Worte „geleitete, tüchtige Bauhilfsarbeiter“ halten sie aufrecht. Von dem einheitlichen imperialistischen Arbeitsnachweis gehen sie nicht ab. Für den Fall, daß die Arbeiter letzteren anerkennen, wären sie bereit, die Bestimmungen über die Tiefbauarbeiter, wonach deren Lohn und Arbeitszeit Gegenstand freier Uebereinkunft sein soll, fallen zu lassen. Der Agitationsparagraf soll die seitherige Fassung behalten mit Ausnahme der Einstellung und Entlassung der Arbeiter. An Stelle „die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ist Sache des Unternehmers“ soll es heißen: „der Unternehmer“. Damit will sich der Arbeitgeberbund das Entlassungsrecht irgend welcher missliebiger Arbeiter sichern. Bezüglich der Arbeitszeit erklärte die Dreizehner-Kommission des Arbeitgeberbundes, an den Beschluß der Kölner Generalversammlung gebunden zu sein, wonach dieselbe nicht unter zehn Stunden verkürzt werden soll. Mit einer dreijährigen Vertragsperiode erklärten sie sich einverstanden. Nachdem der Arbeitgeberverband diese Stellung einnahm, mußten die Verhandlungen resultatlos verlaufen. Es kann den Arbeitern nicht zugemutet werden, die erheblichen Verschlechterungen des seitherigen Tarifniveaus, wie sie von den Arbeitgebern beschlüsselt sind, anzuerkennen. Und sie werden das unter keinen Umständen tun.“

Die Stellung der Arbeitererschaft ergibt sich aus folgenden Äußerungen des genannten christlichen Gewerkschaftsblattes:

„Wir sind uns des Ernstes der Lage bewußt und wissen, was für die Arbeiter auf dem Spiele steht. Im Hinblick auf das Rechte des von uns vertretenen Standpunktes können wir nicht anders handeln, als bisher geübt und nehmen insofern einen aus gegnerischen Kampf auf. Und daß wir ihn zu führen verstehen werden, das wird die Zukunft lehren. An unsere Mitglieder aber geht die Mahnung: größte Opferwilligkeit und strengste Disziplin. Laßt den großen Augenblick kein kleines Geschlecht finden.“

Die Entscheidung liegt also bei den Arbeitgebern. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ hält am 22. März seine Generalversammlung in Dresden ab, die zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen soll.

**Allgemeine Rundschau.**

**Soziale Rechtspflege.**

Ärztliche Gutachten und Rechtspflege. Die Schaffung der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung war eine soziale Tat. Auf dem internationalen Versicherungskongress in Rom haben die Vertreter anderer Nationen neidlos anerkannt, daß das deutsche Reich mit seiner Versicherungsgeheimgesetzgebung weit voraus geht. Das wird in heimischen Ländern nicht immer recht gemerkt. Die Ursache liegt in der verheerenden Agitation der Sozialdemokratie einerseits, andererseits in der Durchdringung der Versicherungsgeheimgesetzgebung, insbesondere des Unfallversicherungsgeheimgesetzes. Bis ein Unfallverletzter zu seinem Rechte kommt, bis er eine Rente erhält, geht es oft lange her. Die Versicherungsanstalten machen gegenüber den Rentenansprüchenden alle möglichen Einwände geltend. Dabei spielen die ärztlichen Gutachten eine große Rolle. In vielen Fällen kommt es ausschließlich darauf an, ob der Verletzte eine Rente bekommt oder nicht.

Das ist ja natürlich: der Arzt ist immer der maßgebende Organismus; er bescheidet über die Notwendigkeit von Entschädigungen. Da man in das Innere eines Menschen oder nicht hineinsehen kann, so sind solche Feststellungen schwer, und manche Gutachten treffen nicht das Richtige. In diesem Falle verlegen sie sich nur auf das Rechtswort der Verletzten und der Versicherer, sondern führen auch materielle Schädigungen herbei. Die Versicherungsanstalten sind oft unglücklich an die ärztlichen Gutachten, aber wenn sie ein Gutachten, das Gutachten vorliegt, das die Versicherung, auf die Übergangspunkte, alle anderen

Beweismittel, die der Verletzte vorlegen zu seinen Gunsten vorbringen kann, treten da in den Hintergrund oder werden überhaupt nicht gewürdigt. Das ist ein großer, vielbeflagelter Mangel der Rechtspflege auf dem Gebiete der Versicherungsgeheimgesetzgebung, auf dessen Beseitigung hingearbeitet werden muß.

Im Nachstehenden bringen wir unsere Besetzung zur freien Beurteilung dieser Verhältnisse folgende Überzettelungen zur Kenntnis.

Berneinung des ursächlichen Zusammenhanges zwischen einem Betriebsunfall und einer Gehirnschwulst. Ein Arbeiter fiel von einem Gerüst. Nach Aussage eines Zeugen schlug er sich beim Fallen den Kopf auf, er klagte auch nach dem Anfall über Kopfschmerzen. Nach einem Jahre wurden diese sehr heftig, Schwindel und Erbrechen traten hinzu, ferner Gedächtnisschwäche und Sprachstörungen. 1/4 Jahr nach dem Anfall starb er. Die Leichenöffnung ergab das Vorhandensein einer Gehirnschwulst im Stirnhirn.

Der Universitätsprofessor Dr. Goldscheider in Berlin, vom Reichsversicherungsamt um ein Obergutachten angegangen, erklärte: Daß die Gehirnschwulst durch den Unfall entstanden sei, kann ohne weiteres als ausgeschlossen gelten. Zum Beweise des ursächlichen Zusammenhanges kann es nicht genügen, daß vor dem Anfall keine Kopfschmerzen bestanden und solche nach dem Anfall begonnen haben. Um einen solchen Zusammenhang für wahrscheinlich halten zu können, ist es vor allem nötig, daß der Unfall nicht bloß eine mittelbare Erschütterung, sondern eine unmittelbare Quetschung oder Verletzung des Schädels bewirkt hat und daß alsbald irgend welche Zeichen einer Hirnverletzung zu bemerken sind. Auch Hirnsymptome sind im Anschluß an den Unfall nicht aufgetreten, außer Kopfschmerz. Dieser beweist aber nichts, denn er ist hier kein Zeichen traumatischer Hirnbeschädigung. Der Kopfschmerz hatte seine Ursache in einer Gehirnschwulst, die beim Anfall schon vorhanden war. Die Gehirnschwulst wurde durch den Unfall nur geweicht, das kann man aber nicht ohne weiteres als Verschlimmerung der Gehirnschwulst bezeichnen.

Somit bleibt als einziges Zeichen einer Einwirkung des Unfalles bestehen, daß nach diesem das subjektive Gehirnschwulstsymptom des Kopfschmerzes zuerst aufgetreten ist, woraus weiter nichts zu schließen ist, als daß durch die Erschütterung eine Verchiebung der Teilchen im Gehirn eingetreten ist, welche zur Folge hatte, daß die Anpassung der Umgebung der Gehirnschwulst an den allmählich gemachten Druck eine gewisse Aenderung erlitt, so daß es von jetzt ab zum subjektiven Bewußtwerden des Reizes kam. Eine Wahrscheinlichkeit für die Verschlimmerung der objektiven Schädigung des Gehirns durch die Gehirnschwulst besteht jedenfalls, vielmehr ist anzunehmen, daß diese ohne den Unfall ungefähr in der gleichen Zeitfrist ihre zum Tode führende Druckwirkung auf das Gehirn entfaltet haben würde.

Hiernach begutachtet ich, daß die Gehirnschwulst, an welcher der Arbeiter verstorben ist, nicht auf den Unfall zurückzuführen ist und daß der Tod auch sonst mit dem Anfall nicht in ursächlichem Zusammenhange steht.

**Allgemeines.**

Zur Beurteilung der Betriebskrankenkassen wird uns aus Berlin folgendes geschrieben: Unsere Arbeiterversicherungsgeheimgesetzgebung räumt der Arbeiterschaft manche Rechte ein, von denen leider viel zu wenig Gebrauch gemacht wird, teils aus Unkenntnis, teils aus falscher Sparjamkeit. Wie selten kommt es z. B. vor, daß Arbeiterinnen, welche wegen Verfall oder aus anderen Ursachen der Fabrikarbeit beraubt sind und nun nicht mehr versicherungspflichtig sind, als freiwillige Mitglieder der betreffenden Krankenkasse auch noch angehören wollen. Und doch ist diesen Arbeiterinnen nicht dringend genug anzuraten, freiwillige Mitglieder der Kasse zu bleiben, besonders aber dann, wenn sie nicht durch Familienversicherung wenigstens in etwa geschützt sind. Kein Mensch ist gegen Krankheiten vollständig geschützt. Und welche erhebliche Unkosten werden oft durch eine ernsthafte Krankheit verursacht. Können doch oftmals kaum die Arzt- und Apothekenrechnungen bezahlt werden, während die Beschaffung guter Kost und der nötigen Stärkungsmittel meist wegen Geldmangel unmöglich gemacht wird. Durch ungenügende ärztliche Behandlung und mangelhafte Verpflegung wird die Dauer der Krankheit verlängert, wenn nicht gar Siechtum eintritt. Die Familie ist nicht in der Lage, die bedeutenden Unkosten zu bestreiten zu können, sie borgt und macht Schulden, an denen sie oft jahrelang abzutragen hat.

Wände dagegen bei allen Klassen die Familienversicherung eingeführt sein oder würden wenigstens die ihre gewerbliche Tätigkeit aufgebenden Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Rechte der Arbeiterversicherung Gebrauch machen, so ließe sich eine rechtzeitige und sorgfältige ärztliche Behandlung ermöglichen, weil die Krankenkassen wenigstens freie ärztliche Behandlung und die nötigen Hilfsmittel gewähren müßten, wozu die freiwillig Versicherten im Falle der Erwerbsunfähigkeit auch noch Krankengeld erhalten würden. Im Allgemeinen fällt es auch nicht gar so schwer, regelmäßig einige Beitragsgewerke für die Familienversicherung zu zahlen, dagegen sind bei Krankheitsfällen die für eine fachgemäße Behandlung und Verpflegung anzuzuschreibenden Beiträge meist unerträglich.

Es ist nun auch sehr zu beklagen, wenn heute aus Unkenntnis oder Kurzsichtigkeit sich manche Arbeiter gegen Einzahlung der Familienversicherung wehren oder auf die freiwillige Arbeiterversicherung besonders von den Arbeiterinnen zu wenig Wert gelegt wird, so mag es aber doch ganz entschieden vorteilhaft werden, wenn jeitens mancher Krankenkassenvorstände entgegen dem klaren Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen immer wieder vertritt wird, solche Mitglieder, für welche eine Versicherungspflicht nicht mehr besteht, die aber auch weiterhin noch freiwillige Mitglieder der Kasse bleiben wollen, einzeln auszuscheiden. Besonders bei den Betriebskrankenkassen herrscht vielfach eine

derartige Praxis vor. Der Krankenkassen-Vorsicht die Betriebskrankenkasse gewöhnlich als „freie“ Kasse, die sich dann meist dadurch auszeichnet, daß nur die gesetzlich festgelegten Mindestleistungen gewährt werden. Billig, billig muß gewirtschaftet werden, das ist die Hauptsache, ob den Arbeitern damit gedient ist, darauf kommt es den Herren nicht an. Nur ganz gesunde und kräftige Leute werden eingestellt (wird doch sogar in zweifelhaften Fällen die Einstellung eines Arbeiters davon abhängig gemacht, daß der betreffende als freiwilliges Mitglied einer freien Hilfskasse beiträgt), damit die Kasse vorzugsweise nur gar nicht belastet wird. Aber selbst die vorgezeichneten Mindestleistungen werden den erkrankten Mitgliedern nicht einmal immer gewährt. Scheidet nun ein Arbeiter aus dem Betriebe aus und will weiterhin noch Mitglied der Krankenkasse bleiben, so wird ihm vom Kassensführer erklärt, das sei unstatthaft.

So erging es auch einer Kollegin bei der Firma Forstmann und Puffmann in Werden. Die Kollegin ließ sich aber so leicht nicht abweisen, sie wandte sich beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörde, welche denn auch durch eine entsprechende Entscheidung der Firma klar zu machen suchte, daß auch für „ihre“ Krankenkasse die statutarisch und auch gesetzlich festgelegten Bestimmungen maßgebend sind. Der Vorstand (?) gab sich aber mit einer derartigen Entscheidung nicht zufrieden, das war ja ganz entgegen der stets geübten, „altbewährten“ Praxis, und um sich seine unentschuldbar Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen auch noch gerichtlich bestätigen zu lassen, wurde beim Königl. Amtsgericht eine Klage angehängt. Natürlich mußte auch hier die Forderung der Kollegin als berechtigt anerkannt werden.

Aber auch diese ganze Streitfrage beweist aufs neue, wie gering die Zahl derjenigen ist, welche von dem Rechte der Arbeiterversicherung Gebrauch machen, sonst müßte die Kassenleitung schon längst einen Besseren befehrt worden sein. In den Mitglieder- und Unternehmerversammlungen müssen unsere Kolleginnen und Kollegen immer besser mit den Bestimmungen unserer Versicherungsgeheimgesetzgebung vertraut gemacht werden, damit sie die ihnen zustehenden Rechte erfolgreich vertreten können.

**Verfallungsständer.**

Börsen. 28. März, 10 Uhr, im Arbeitervereins-Hause, Abrechnung der Vertrauensmänner.  
Breslau. (Ausflug nach Jülich-Pölsig.) 29. März, 2 Uhr, bei Dips Versammlung mit Vortrag.

**Adressenänderung.**

VII. Bezirk Südbayern.  
Som 1. April 1910 ab lautet die Adresse:  
Augsburg, Brückenstraße 11, Telefon 2637.  
Peter Geier, Bezirksvorsitzender.

**Adressenänderung.**

XII. Bezirk Bamberg-Jüdisch.  
Die Adresse des Bezirksleiters lautet nunmehr:  
Gerhard Müller, Bamberg, Bayern, Hinterer Graben 24/1.

**Literarisches.**

Wir empfehlen allen Mitgliedern dringend die Anschaffung billiger Gewerkschaftsliteratur. Eine Masse ohne Wissen ist ein tödlicher Stoß, der mit einem kräftigen Schläge zusammengehauen werden kann. Nur eine gelungene Arbeitererschaft wird sich den ihr zukommenden Platz am Tische des Lebens sichern.

Poljadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses, dargestellt von Dr. Leopold v. Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der kgl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1909. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstraße 14. 188 S. Gehmachtwoll gebunden. Preis 4 Mk. Für Mitglieder durch die Geschäftsstelle des Verbandes bezogen 2 Mark.

Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gedrängter Kürze die sozialpolitischen Strömungen der letzten Jahrzehnte vor Augen und läßt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die bisher selbst sozialpolitischen Kreisen fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher weitest Verbreitung.

Bericht über die Verhandlungen des zweiten Deutschen Arbeiterkongresses. Abgehalten am 20., 21. und 22. Oktober 1907 in Berlin. Preis im Buchhandel 1 Mk., für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und der übrigen auf dem Kongress vertretenen gewerkschaftlichen Korporationen 50 Pfg. — Die stattliche, 240 Seiten starke Broschüre bietet eine reiche Fülle wertvollen Materials und ist deshalb von dauerndem Werte, weshalb die Anschaffung nur empfohlen werden kann.

Das Protokoll der Verhandlungen des 7. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands enthält neben den drei Reden, die in der großen den Kongress einleitenden Versammlung von dem Kollegen Stegwald, Freiherrn von Berlepsch und Herrn Direktor Dr. Braun abgehalten wurden, den Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes, ausführliche Vorträge über: Der Arbeiterrecht in seiner grundsätzlichen Bedeutung, historische Entwicklung und seinen Zukunftsaufgaben, Entwicklung und Stand der deutschen Arbeiterversicherung, die künftige Verfassung der Reichsversicherungsordnung, das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung und die den Vorträgen sich anschließende Diskussion. Das Protokoll ist bedeutend umfangreicher als die der vorausgegangenen Kongresse und bietet für die agitatorischen und organisatorischen Aufgaben unserer Bewegung in nächster Zeit reichliche Anregungen. Daher bei dem billigen Preise von 40 Pfg. zur Anschaffung sehr zu empfehlen.